

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Druckschrift: Tageblatt Riesa.

Seitenf. Nr. 20.

Vorlesung: 18 Uhr.
Gitarre: Riesa Nr. 52.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 40.

Mittwoch, 18. Februar 1920, abends.

73. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, monatlich 2.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Posthalter monatlich 2.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gebühr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Wochen wird nicht übernommen. Preis für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gebühr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Wochen wird nicht übernommen. Preis für die 48 min breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (7 Zeilen) 60 Pf., Ortspreis 50 Pf.; zeitraubende und tabellarische Gas 50 Pf., Ausschlag, Platzverweisung und Vermittelungsgesellschaft 20 Pf. feste Tarife. Vermittelter Rabatt erhält, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber im Konkurs steht. Auslösung und Erfüllungsort: Riesa. Verzehrtägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsanstalt — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Mietzinsen und Verluste können erworben werden. Mieter: Katharina Hähnel, Riesa. Die Mietzinsen sind auf die Mietzeit abgestimmt. Mietzeit: Mittwoch, 18. Februar 1920.

Montag, den 23. Februar 1920, vormittags 10 Uhr

findet im Sitzungssaal der unterzeichneten Amtshauptmannschaft

öffentliche Bezirksausschusssitzung

Riesa, Großenhain, am 18. Februar 1920.

Die Amtshauptmannschaft.

Lebensmittelverteilung.

Es kommen zur Verteilung vom Amtshauptmannschaft, den 20. Ibd. Wiss. ab

1. auf Abschnitt 23 der Einführungskarte für Mehl 200 gr ausländisches Weizenmehl.

2. auf Abschnitt 114 der roten Nährmittalkarte I 250 gr Kindergartenmehl,

grünen I 250 gr Kindergartenmehl.

Die Entnahme hat bis spätestens den 25. Ibd. Wiss. zu erfolgen.

Der Preis beträgt für

Weizenmehl 85 Pf. für das Pfund.

Kindergerstenmehl 65 Pf. für das Pfund.

Die Verkaufsstellen haben die abgetrennten Abschnitte 23 der Einführungskarte für Mehl zu sammeln, zu je 100 Stück zu binden und bis spätestens den 28. Ibd. Wiss. mit Beierschein an die Amtshauptmannschaft einzureichen.

Die Pakete sind mit der in der Bekanntmachung vom 5. Juli (Blatt 9) vor geschriebenen Aufschrift zu verleben.

Die Abschnitte 114 der roten und grünen Nährmittalkarte I sind ungesiebt und ungeblendet bis spätestens den 27. Februar 1920 an die Unterverteilungsstelle einzurichten. Die Unterverteilungsstelle hat die Abschnitte gesammelt bis spätestens den 29. Februar 1920 an die Amtshauptmannschaft einzufinden.

Riesa, Großenhain, am 17. Februar 1920.

107 d III. Der Kommunalverband.

Butter und Speiseöl betr.

1. Abschnitt 5, nüchtern vom 23.–29. II., darf nur mit einem Stückchen Butter beliefert werden.

2. Die Verkaufsstellen erhalten gleichzeitig noch 50 gr Speiseöl zum Preis von 123 Pf. als Sonderverteilung.

3. Die Selbstverleiher erhalten ebenfalls als Sonderverteilung 50 gr Speiseöl auf Abschnitt 10 der Aufzettelkarte. Der Abschnitt ist abzunehmen und hierher unter Angabe der Zahl mit einzufinden.

Die örtlichen Sammelstellen haben in jedem Falle Gefüße mitzubringen.

Riesa, Großenhain, am 17. Februar 1920.

181 d IV. Der Kommunalverband.

Örtliches und Sachsisches.

Riesa, den 18. Februar 1920.

* Nichtamtlicher Bericht über die gestern abend von 5 Uhr ab in der Oberrealschule abgehaltene öffentliche Sitzung der Stadtverordneten. Vom Kollegium fehlten die Herren Stadtrat Hoede und Louis Schneider. Als Vertreter des Rates wohnte Herr Bürgermeister Dr. Scheider der Sitzung bei; außerdem war Herr Stadtrat Dombrowsky anwesend. Der Bürotrefferraum war nur schwach besetzt. Die Sitzung leitete Herr Vorsteher Romberg.

1. Erhöhung des Gaspreises. (Berichterstatter Herr Stadtrat Hoede.) Der Gasverbrauchskontakt und der Rat haben infolge erneuter außerordentlicher Steigerung der Kohlenpreise und Arbeitslöhne beschlossen, den Einheitspreis für durch Gasmeister bezogenes Gas auf 120 Pf. (bisher 75 Pf.), für Automatengas auf 125 Pf. (bisher 80 Pf.) und für stadtseitig verbrauchtes Gas auf 110 Pf. für den Kubikmeter festzulegen. Der Selbstkostenpreis für den Kubikmeter stellt sich gegenwärtig für das Gaswerk auf 108 Pf. Neue Steigerungen der Löhne und Kohlenpreise stehen bereits wieder in Aussicht. Um zu vermeiden, dass die Gaspreise sprunghaft in die Höhe schnellen, schlägt Herr Stadtrat Reker vor, dass der Gasverbrauchskontakt die Gaspreise monatlich an Hand der Kohlenpreise und Arbeitslöhne prüft und automatisch Änderungen feststellt. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erklärt sich mit diesem Vorschlag einverstanden, da er verbündet, dass das Gaswerk mit den Preisen hinterherhinkt und in seinen Einnahmen sechzig Prozent werde. Herr Stadtrat Reker glaubt, dass ein Beschluss über den Vorschlag Reker noch ausgeführt werden kann. Das Kollegium stimmt hierauf die Erhöhung des Gaspreises einstimmig zu.

2. Erhöhung des Wasserpreises. (Berichterstatter Herr Stadtrat W. Schneider.) Die außerordentliche Steigerung der Betriebskosten des Wasserwerkes machen eine Erhöhung des Wasserpreises notwendig. Der Wasserwerksauskunftsabschlag vor, die Preise für den Kubikmeter steigen auf 65 Pf. für Private und Garnison, auf 60 Pf. für Wasser zu gewerblichen Zwecken, 50 Pf. für bei Leitungswasser verlorenes Wasser, für von der Stadt entnommenes Wasser und für Eisbach- und Flusswasser. Der Rat ist diesen Vorschlägen beigetreten und bat weiter beschlossen, ab 1. Januar 1920 Rabatte nicht mehr zu gewähren, sowie die im Haushaltplan eingestellten Pauschalgebühren für Wasserlieferungen um 50 Prog. zu erhöhen. Das Kollegium stimmt der Vorlage zu.

3. Ortsgeleg über die Wahlen von Mitgliedern für die Einschägungskommission. (Berichterstatter Herr Stadtrat W. Schneider.) Nach dem Gesetz über die Wahlen von Mitgliedern der Einschägungskommission und Reklamationskommissionen vom 5. Juni 1919, sowie dem Gesetz über die Änderung des vorgenannten Gesetzes vom 15. Oktober 1919, macht sich die Aufstellung eines Ortsgeleges über die Wahlen von Mitgliedern der Einschägungskommissionen der Stadt Riesa notwendig. Der dem Kollegium zugegangene Entwurf bestimmt u. a., dass die Wahlbauer bei gegenwärtigen Mitgliedern der Einschägungskommission mit dem 31. März 1920 ablaufen. Die Neuwahl findet vor dem 31. März 1920 auf die Dauer von 2 Jahren vorzunehmen. Die Zahl der Mitglieder des Einschägungskommissionsausschusses beträgt sechs, die Zahl der Stellvertreter ebensoviel. Die Mitglieder des Ausschusses und ihre Stellvertreter werden je zur Hälfte vom Rate und von den

Stadtvorordneten gewählt. Die Wahlen erfolgen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. Die Wahlhandlung des Rates wie der Stadtvorordneten erfolgt in öffentlicher Sitzung. Der Entwurf des Ortsgegeses wurde vom Kollegium genehmigt.

4. Ankauf von Senkingberden. (Berichterstatter Herr Vorsteher Romberg.) Von einer Dresden Firma sind dem Rate 25 Sck. Senkingberde zum Preise von 18750 Mk. zum Ankauf angeboten worden. Der Rat hat beschlossen, von dem Angebot Gebrauch zu machen. Die Dörde werden voraussichtlich dringend benötigt bei Wohnungsbauungen usw. Das Kollegium stimmte der Vorlage zu.

5. Vertrag mit der freiwilligen Sanitätskolonne. (Berichterstatter Herr Vorsteher Romberg.) Die wesentlichen Bestimmungen des Vertrages sind bereits in den Mitteilungen aus der Sitzung vom 5. Februar 1920 in Nr. 32 und Bl. bekanntgegeben worden. Sie sehen insbesondere die Übernahme der Kosten der Feuerversicherung des Gerätes der Kolonne, den Abschluss einer Unfallversicherung zu Gunsten der den Rettungsdienst ausübenden Kolonnenmitglieder, die Bereitstellung eines Gerätetransportes und die Weitergabe einer jährlichen Beihilfe von 200 Mk. vor. Der Rat hat beschlossen, den vorgelegten Vertragswort zu genehmigen und insbesondere auch die Kosten für die beiden Verhüllungen zu übernehmen, die 15.000 Mk. bzw. 96.40 Mk. jährl. betragen. Die Vorlage bot Herrn Bürgermeister Dr. Scheider die Verhandlung, einmal in der Öffentlichkeit der freiwilligen Sanitätskolonne den Dank dafür zum Ausdruck zu bringen, dass sie in uneignungskreisiger Weise viele Jahre schon den Rettungsdienst ausgeführt hat. Herr Stadtrat Reker lobt sich namens des Kollegiums den Dankesworten des Herrn Bürgermeisters an. Hierauf wurde der Vorlage vom Kollegium einstimmig beigegetreten.

6. Erhöhung der Baugeldsumme für das Reinigen der Stromschleusen. (Berichterstatter Herr Stadtrat Langensfeld.) Die Dünger-Abluft-A. G. bat am 10. Januar d. J. ein Gutachten an den Rat gerichtet, wonach sie um Erhöhung der Baugeldsumme für die Reinigung der Stromschleusen und Schleusen bittet. Sie begründet diese Erhöhung mit der Steigerung der Arbeits- und Gehirnkraft und der Unfalten für Geräteausbesserungen usw. und fordert für das Jahr 1920 18.000. Im Vorjahr kostete der Stadt die Reinigung Mt. 5750. Sie erforderte einen Zeitaufwand von 1132 Arbeitsstunden. Das Stadtbauamt hat die Kostenaufstellung der Gesellschaft eingehend geprüft, aber nur eine Baugeldsumme von Mt. 9100 errechnet. Der Bauaufschuss hat sich gleichfalls mit dieser Angelegenheit beschäftigt und empfiehlt dem Kollegium die Billigung der Mt. 9100. Der Rat hat sich dem Beschluss des Bauausschusses angeschlossen. Das Kollegium beschloss in gleichem Sinne.

7. Gewöhnung von Außwandentnahmen an die Mitglieder der städtischen Röntgenkassen. (Berichterstatter Herr Vorsteher Romberg.) Das Ortsgeleg über die Gewöhnung von Außwandentnahmen an die ehrenamtlichen Mitglieder der städtischen Kollegen hat zur Begutachtung dem Ministerium des Innern vorgelegen. Dieses hat das Ortsgeleg genehmigt, macht aber zur Bedingung, dass für nicht bediente Sitzungen der Beitrag von 5 bzw. 3 Mark von der Gesamtsumme gefürchtet wird. Der Rat hat daher einen Ausgleichsbeitrag zugestimmt, wonach für die Sitzungen, an denen unbefolgte Mitglieder des Rats- und Stadtverordnetenkollegiums nicht teilnehmen, ein Beitrag von 5 Mark bei Ratsmitgliedern und von 3 Mark bei Stadtvorordneten von der Außwandentnahmeduldung abgezogen wird. Das Kollegium trat diesem Beschluss bei.

8. Erhöhung der Baugeldsumme für das Reinigen der Stromschleusen. (Berichterstatter Herr Stadtrat Langensfeld.) Die Dünger-Abluft-A. G. bat am 10. Januar d. J. ein Gutachten an den Rat gerichtet, wonach sie um Erhöhung der Baugeldsumme für die Reinigung der Stromschleusen und Schleusen bittet. Sie begründet diese Erhöhung mit der Steigerung der Arbeits- und Gehirnkraft und der Unfalten für Geräteausbesserungen usw. und fordert für das Jahr 1920 18.000. Im Vorjahr kostete der Stadt die Reinigung Mt. 5750. Sie erforderte einen Zeitaufwand von 1132 Arbeitsstunden. Das Stadtbauamt hat die Kostenaufstellung der Gesellschaft eingehend geprüft, aber nur eine Baugeldsumme von Mt. 9100 errechnet. Der Bauaufschuss hat sich gleichfalls mit dieser Angelegenheit beschäftigt und empfiehlt dem Kollegium die Billigung der Mt. 9100. Der Rat hat sich dem Beschluss des Bauausschusses angeschlossen. Das Kollegium beschloss in gleichem Sinne.

9. Gewöhnung von Außwandentnahmen an die Mitglieder der städtischen Röntgenkassen. (Berichterstatter Herr Vorsteher Romberg.) Das Ortsgeleg über die Gewöhnung von Außwandentnahmen an die ehrenamtlichen Mitglieder der städtischen Kollegen hat zur Begutachtung dem Ministerium des Innern vorgelegen. Dieses hat das Ortsgeleg genehmigt, macht aber zur Bedingung, dass für nicht bediente Sitzungen der Beitrag von 5 bzw. 3 Mark von der Gesamtsumme gefürchtet wird. Der Rat hat daher einen Ausgleichsbeitrag zugestimmt, wonach für die Sitzungen, an denen unbefolgte Mitglieder des Rats- und Stadtverordnetenkollegiums nicht teilnehmen, ein Beitrag von 5 Mark bei Ratsmitgliedern und von 3 Mark bei Stadtvorordneten von der Außwandentnahmeduldung abgezogen wird. Das Kollegium trat diesem Beschluss bei.

10. Beschaffung einer Zentrifugalpumpe im Wasserwerk. (Berichterstatter Herr Stadtrat Hörmann.) Mit der Gewöhnung einer Leihgebühr an die Firma Börmann, Dresden, für das von ihr auf dem Gelände des Wasserwerks in Betriebzubauen eingesetzte Material erklärt sich das Kollegium einverstanden. Ebenso wird der Bewilligung von 3000 Mark für Beschaffung einer Zentrifugalpumpe im Wasserwerk zugestimmt.

11. Die Herausstellung der Städtegrenze für Sporeneinschüsse von 5000 auf 20.000 Mark findet ebenfalls die Genehmigung des Kollegiums.

12. Wahlen. Das Kollegium wählt Herrn Stadtrat Sander in den Wiederausstieg und Herrn Stadtrat Tröger in die Verbandsversammlung des Wohlhabenspieleverbands. Außerdem erklärte sich das Kollegium damit einverstanden, dass der Rat je ein Mitglied in den Wiederausstieg und in die Verbandsversammlung entsendet. Der Rat hat hierfür die Ratsmitglieder Herren Seurin und Jobst bestimmt. An Stelle des aus dem Ratskollegium ausgewählten Herrn Bahnhofswirt Müller tritt Herr Stadtrat Dombrowsky in den Wiederausstieg ein. Im Wiederausstieg haben Stimmen: Riesa 15, Gröba 6, Weißen 3, Werdorf 1 und Pötzsch 1.

13. Verkauf von Areal an die Südl. Möbelindustrie. (Berichterstatter Herr Stadtrat Hörmann.) Dem Ratsbeschluss der Südl. Möbelindustrie-Gesellschaft Riesa ist diesbezüglich ein Areal vom Norden der Größe 1.68 erachtet. Das Areal mit einigen Einbauteilen der Fläche zum Kreise von 12 Mark für den Quadratmeter läufig zu überlassen, mit dem Ressentum bei.

Umsatzsteuererichtung in Riesa.

Die noch ausstehenden Umsatzsteuer-Erläuterungen sind nunmehr unverzüglich an unsere Stadtverwaltung bei Vermeldung von Weiterungen, einzureichen.

Der Rat der Stadt Riesa als Umsatzsteueramt, den 17. Februar 1920.

Mütterberatungsstelle in Gröba betreffend.

Die vom Wohlhabenspieleverbund Riesa für die Gemeinden Gröba, Werdorf und Pötzsch eingerichtete Mütterberatungsstelle hält Beratungsstunden wie folgt ab:

Jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat, nach 4–5 Uhr mit Arzt und zwar in der Elementarschule zu Gröba, Hochstraße, im Zimmer des Schularztes.

Erstmals findet die Beratungsstunde am Donnerstag, den 19. Februar 1920, von nachm. 4 Uhr ab statt.

Über die Aufgaben der Mütterberatungsstelle gibt ein Artikel im lokalen Teil dieses Blattes näheren Aufschluss.

Um gesundheitlichen Interesse der Kinder wird eine rege Beteiligung an dieser Einrichtung erwartet.

Wohlhabendamt Riesa, am 16. Februar 1920.

Einladung.

Zur weiteren Ausführung über die Frage, ob christliche oder weltliche Schule, soll Tonnerstag, den 19. Februar 1920, abends 8 Uhr im Saale des „Bettiner Hof“ eine Versammlung stattfinden mit Vorträgen des Herrn Professor Hidmann aus Leipzig und des Herrn Warter Guderley aus Glashütte. Zu dieser Versammlung werden die Eltern und Erziehungsberatungen, welche die christliche Schule wünschen, herzlich eingeladen. Der Eintritt ist frei.

Tonnerstag, den 19. Februar, von vormittags 8 Uhr ab Ausgabe von Brennholzarten im Gemeindeamt. Bezugsberechtigt ist jeder minderbemittelte Haushalt in der Gemeinde. Die Ausgabe der Brennholzarten erfolgt nur an Erwachsene. Von den Brennholzarten werden die Nrn. 1–80 Donnerstag, den 19. Februar, von nachmittag 1 Uhr ab beliebt.

Wölde, am 18. Februar 1920.

Der Gemeindevorstand.

Bezirksarbeitsnachweis Großenhain, Nebenstelle Riesa.

Kaiser-Franz-Joseph-Straße 17, Tel. Nr. 40.

Stellung erhalten sofort: 2 Böttcher, 4 Möbelsticker, 2 Bettler, perfekt, 2 Metallarbeiter, gelehrte, 2 Armaturenmechaniker, gelehrte, 1 Werkzeugmacher, gelehrte, 1 Metallarbeiter, gelehrte, 2 Wender für Schuhwaren, 1 Handlungsbewohner für Kurzwarenhandel, 1 Handlungsbewohner für Lebensmittelhandel, 1 Stenotypistin, perfekt, 1 Friseur, 1 Friseur, 2 Böttcher, Lebendlinge, Hause, Stuben, Küchenmöbeln für Herrenhäuser und Fleiß, landw. Dienstmädchen, mit und ohne Stallarbeit.

8. Erhöhung der Baugeldsumme für das Reinigen der Stromschleusen. (Berichterstatter Herr Stadtrat Langensfeld.) Die Dünger-Abluft-A. G. bat am 10. Januar d.

14. Eröffnung von Gewerbe- und Kaufmannsgerichten. Berichterstatter Herr Vorst. Komberg.) Auf neuerliche Eingaben hin hat der Rat beschlossen, die Errichtung von Gewerbe- und Kaufmannsgerichten zunächst für den Bezirk der Stadt Wiesa in Rücksicht zu nehmen, die nötigen Schritte einzuleiten und der Amtsdauermannschaft Mitteilung zu geben. Die Errichtung dieser Einrichtungen wurde schon früher wiederholt beantragt, doch ist damals ein Bedürfnis nicht anerkannt worden, auch fehlte es an geeigneten Räumen. Zu den neuzeitlichen Bedürfnissen glaubten der Rat eine abdeckende Saldus nicht einnehmen zu können. Für die Stadtverordneten handelte es sich zunächst darum, gewöhnlich der Errichtung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte zuzustimmen. Es soll sodann mit den Vorarbeiten für ein Ortsgericht begonnen werden. Herr Stadtv. Rehber ist ebenfalls der Meinung, daß das Bedürfnis für das Gewerbe- und Kaufmannsgericht heute nicht mehr von der Hand zu weichen sei. Es sei aber möglich, daß ein Teil der Streitigkeiten heute durch die obligatorischen Schlichtungsausschüsse vermieden werden können. Infolgedessen empfahl er, die Angelegenheit zur Klärung nochmals an den Reichs- und Verfassungsausschuss zurückzubewerben und Maßnahmen mit den beteiligten Organisationen zu nehmen. Herr Stadtv. Schönfisch legte dar, daß trotz der Wenderung in der Bezeichnung die Errichtung eines Gewerbegerichts für unseren Bezirk eine unbedingte Notwendigkeit sei. Die Schlichtungsausschüsse könnten nicht in Frage kommen, da sie sich nur mit Streitigkeiten aus Tarifverträgen befassen könnten, nicht mit Einzelfällen. Herr Bürgermeister Dr. Scheitler befürwortete ebenfalls die Errichtung. Die Ratsvorlage wird hierauf einstimmig angenommen.

15. Nachtragsvollzugungen. Der Badanbau im Schlosshof erfordert die Nachvollzugung von 554,47 M., der Bau des Abstellraumes in der Gasanstalt die Nachvollzugung von 288,39 M. Begründet werden die Nachforderungen mit Rohrabschlägen in Höhe von 40 Prozent und mit der Steigerung der Materialpreise um 30 Prozent. Das Kollegium stimmt der Nachvollzugung zu.

16. Nachträgliche höhere Bearbeitung best. Neueröffnung von Lehrstellen an der Oberrealschule. (Berichterstatter Herr Stadtv. Gammisch.) Befürchtlich hatte das Kollegium bei der Ende vorlaufen Jahres erfolgten Nachvollzug von drei neuen Lehrstellen an der Oberrealschule gewünscht, doch nachdrücklich noch eine schriftliche Begründung begegneten werden. Diese ist nunmehr von Direktor der Anstalt gegeben worden und lädt, wie der Berichterstatter bemerkte, erkennen, daß die Notwendigkeit der neuen drei Lehrstellen nicht abgestreitet ist. Das Fehlen des Handfertigkeitsunterrichts in der Oberrealschule wurde vom Berichterstatter bedauert. Ferner stellte er folgenden Antrag: „Die Oberrealschulkommission stellt im Inneren ein mit Herrn Direktor Dr. Streit Grundlage auf, nach denen die Errichtung der Bildhukundenzahl gewährt werden soll.“ Herr Bürgermeister Dr. Scheitler erklärte, daß man mit der erteilten Bearbeitung die Sache als erledigt hätte ansehen könne. Das der Handfertigkeitsunterricht noch nicht habe eingeführt werden können, bedauere auch er. Der Antrag Gammisch sei deshalb unnötig, weil der Direktor von dem ihm zugestandenen Recht, unter Berücksichtigung des Alters der Lehrer und beliebter Verhältnisse die Bildhukundenzahl herabzunehmen, nur sehr sparsam Gebrauch gemacht habe. Einige Lehrstunden würden auch jetzt noch erteilt werden müssen, weil die Mädchen der Oberrealschule außer Turnunterricht auch Handarbeitsunterricht erhalten sollen. Eine Turn- und Handarbeitslehrerin werde diesen in Lehrstunden erteilen müssen. Das Kollegium erklärte sich mit der erteilten höheren Bearbeitung der neuerrichteten Lehrstellen einverstanden. Der Antrag Gammisch wurde gegen 6 Stimmen angenommen.

17. Nachtrag der Gebührensätze für die Helmblütensatz nach einem Nachtrag an der Gebührenordnung für die Heimbürginnen notwendig. Dem vorliegenden Entwurf wurde vom Kollegium zugestimmt, ebenso

18. den Nachträgen zur Gemeinde-, Kirchen- und Schulsteueroberbindung, betreffend die Erhebung der Gemeindesteuern auf das 1. Quartaljahr 1920.

19. Mitteilungen. Der Rat teilt mit, daß er den Beschlüssen des Kollegiums betreue, die Ausgleichssteueranlage der städt. Beamten und Lehrer und die Befreiung des städt. Auskusses zur Vergabe von Wohnungen begetreten ist.

20. Berichteneig. Herr Stadtv. Schönfisch bringt den schlechten Zustand der Oldenburger Straße, insbesondere des Fußweges bei der Möbelindustrie bei Regenwetter zur Sprache. Herr Stadtv. M. Schneider macht darauf aufmerksam, daß die Fahrbahnordnung in unserer Stadt sehr wenig eingehalten werde. Insbesondere treffe das auf Oldenburgstraße zu, die besonders Montags früh oft in einem wahnwitzigen Tempo durch die Straßen führen. Herr Stadtv. Schneider brachte den Antrag der Linke, betr. Übernahme des Verkehrsweises und der Friedhofswartung in städtische Hände, in Erinnerung. Es sei sonst

zu erwarten, daß die Kirche bei Hochzeiten von Verlobten, die aus der Kirche ausgetreten seien, Schwierigkeiten mache. Schluß der Sitzung gegen 7/8 Uhr.

* Lebensmittelverteilung. Wie aus der Bekanntmachung in vorl. Nr. ersichtlich, kommt vom Freitag, den 20. M. bis Sonn. ab auf Abschnitt 28 der Einflusszone keine für Mehl ausländisches Weizenmehl, auf Abschnitt 114 der roten und grünen Lebensmittelzone! Ausbergernießt aus Verteilung.

* Stilllegung der sächsischen Zigarettenindustrie? Die sächsische Zigarettenindustrie kann sich mit der vom Reichsfinanzministerium vorgeschlagenen Ermächtigung von 40 Prozent für die obersten Steuerschichten nicht einverstanden erklären. Sie erhebt schärfsten Widerspruch, daß die Zigarettenindustrie bei wichtigen Lebensfragen der Zigarettenindustrie ausschlaggebend ist. Die sächsische Zigarettenindustrie ist einhellig der Auffassung, daß eine Produktionsmöglichkeit von 40 Prozent Ermäßigung nicht gegeben ist. Sie sieht sich daher gezwungen, ihren Arbeitern und Angestellten auf Ende März zu kündigen. Die Zigarettenindustrie muß Ermäßigung der Steuersätze um 7 Prozent oder Höhmöglichkeit der Besteuerung des Tabaksteuerabganges erlangen.

* Verbädtiges Geschirr. An dem Einbruch in der Käserei an der kleinen Döppeler Straße wird noch ergänzend berichtet, daß in der Nacht zum 15. d. M. in weiter der Einbruch erfolgte, gegen 1 Uhr die kleine Steuerkasse ein Postwagen mit einem Wert im Postkasten entlang gefahren ist und die Käserei nach Döppel eingeschlossen hat. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dieses Geschirr mit der Dienstfahrtsgenossenschaft in Verbindung steht. Einzelne sachdienliche Mitteilungen über das Geschirr werden die bietige Polizei erledigen.

* Was ist die Mütterberatungsstelle? Eine Streichstunde, in der sich Mütter und Pflegemütter mit Kindern bis zum vollendeten 6. Lebensjahr sofernlos über die Pflege und Ernährung ihrer Kinder äußern. Wird ein Kind frisch gefunden und bedarf es dauernder ärztlicher Behandlung, so wird es erst nach der Genesung wieder angelassen. Kinder mit Nebenbefinden Ausschlägen dürfen nicht in die Beratungsstunde gebracht werden. Was geschieht mit den Kindern in der Mütterberatungsstelle? Das Kind wird untersucht, um das gesundheitliche Verbinden, den Ernährungsabstand und die Pflege festzustellen. Es wird auf einer genauen Kinderwaage gewogen, damit von Streichstunde zu Streichstunde die Zu- oder Abnahme des Kindes festgestellt werden kann. Es wird ferner ermittelt, ob die Mutter gesund und kräftig genug ist, ihr Kind zu stillen und angegeben, wie oft und wie lange die Mutter das Kind ansehen soll, damit beide, Mutter und Kind, gesund bleiben. Geht die Mutter zurück oder gebeilt das Kind nicht recht, so werden für Mutter oder Kind Erziehungsmitte verordnet. Stillbehinderungen für Krankenfassen oder Zusatzmarken werden dort aufgestellt. Hat eine Mutter ihr Kind sieben Monate gestillt, so erhält sie eine Prämie von 30 Mark. Welche Augen erwidert der Mutter aus dem Besuch der Mütterberatungsstelle? Sie ist imstande, an hand der Angaben des Arztes oder der Pflegerin sowie der Ergebnisse des jedermann Wissens das Gedanken ihres Kindes selbst zu verfolgen. Eine Mutter, die Gelegenheit hat, sich jederzeit kostengünstig lachgemüthig zu einkochen, wird es vermischen, ihr Kind durch Anwendung kostengünstiger und in ihrer Wirkung zweifelhafter Mittel in Gefahr zu bringen. Sie wird mit größerer Sicherheit und Freude die schwierige Aufgabe, ein Kind schwung über die ersten Lebensjahre zu bringen, durchführen. Darunter, darunter, englische Krankheit und Strohrose können bei Erfolgung jahrmäthigen Rates vermieden werden. Wo und wann die Beratungsstunde stattfindet, ist aus der heutigen Bekanntmachung zu ersehen.

* Ankauf von Silbermünzen durch die Reichspost. Silbergeld soll jetzt auch durch die Post angekauft und der Postabsatz ausgeführt werden. Das Reichsfinanzministerium hat angeordnet, den Silberankauf mit allem Nachdruck zu fördern. Nicht nur die Postämter, sondern auch die Bankensteller haben sich auf den Beihilfungen ebenso wie die Hilfsstellen an der Annahme der Münzen zu beteiligen. Notwendig wird Papiergeld später dem Verkäufer gebracht. Die Postanstalten sollen die gesamte Beamtenschaft, die Bevölkerung, auch die zugehörigen Ölstellen, über die Wichtigkeit der Maßnahme unterrichten und dahin wirken, daß die Möglichkeit Silbergeld durch Vermittlung der Post zu kaufen, in weitestem Umfang bekannt wird. Eine Vermittelungsgebühr von 10 Pf. für jede Silbermarke wird dem Beamten bewilligt, der zuerst die Münze aus privater Hand empfängt und gegen Zahlung des Preises kaufst.

Und, werden Sie die Sache schon mit hellen Augen ansehen."

Der Rittmeister und seine Braut sind von ihrer Reise zurückgekehrt, — aber sie haben keinen Grund, die Sache mit hellen Augen anzusehen.

Der Justizrat tut es auch nicht mehr.

Monate sind vergangen — ganz Seewald spricht noch von dem Nord — ganz Seewald sucht nach dem Westen — die Aufregung hat sich längst in die weite Provinz verpflanzt — der Wörder ist immer noch nicht entdeckt, der Nord rätselhafter geworden denn je.

Annamarie schwachet noch in der Untersuchungshaft — die Beobachter schwiegen auf das peinlichste. Auch aus Gerichts- so wenig herauszuhören, was er erlebt und tut — ihr teilt sich der sonst verschlossene Rückhalts mit, im Verkehr mit ihr offenbart sich die Tiefe seines Gemüts und Charakters, in die er andere nie schauen läßt.

Nur über eins spricht er auch mit ihr nicht — über die Verhaftete.

Als Gerda eines Tages nach ihr fragt, da hatte er die Achseln gezuckt.

„Unbedeutlich — wie von Anfang an“, hatte er nach einer kurzen Pause gelagt, „ich danke dem Himmel, daß ich den Prozeß nicht zu führen habe — es ist kein leichtes Glück für den ersten Staatsanwalt.“

Dann aber hatte er das Gespräch sehr freundlich, aber doch in einer Weise abgebrochen, die ihr zeigte, daß er sich über diesen Gegenstand nicht gern auslöst.

Seitdem hatten sie nie mehr davon gesprochen, und doch wußte Gerda, daß seine Gedanken sehr viel bei der Verhafteten waren.

— Muß die Umschauer mit verpenzt werden? Aus den Kreisen der Umschauer waren in letzter Zeit zahlreiche Klagen in die Dechtfeldeiter gelangt, daß bei der Berechnung des Umlaufes diese zunächst in den Preis der Ware einfließen würde und dann die Steuer von der so erhöhten Summe in Betrachtung gebracht werde, so daß dies in Wirklichkeit eine höhere Steuer ergebe, als im Gesetz vorgesehen ist. Auf eine Anfrage beim Reichsfinanzministerium, ob diese Art der Berechnung zulässig sei, ist der „Textil-Bode“ folgende Antwort des Finanzministeriums zugesandt: „Bei der Umschauer wie bei der Umschauer liegt der Beträger kein Entgelte zugrunde, das der Kunde dem Geschäftsmann für die Ware zahlen muß. Da der Geschäftsmann nach § 12 des Gesetzes verpflichtet ist, die Steuer wie eine Gehaltsabgabe in den Preis einzurechnen, so wird der Steuerbeitrag auch mit von dem Teile des Preises berechnet, der der Steuer entspricht. Das machen unter dem alten System der Fall, und darum hat sich auch heute nichts geändert. Will also der Geschäftsmann reichlich die Preise unter Verfälschung der Steuer festsetzen, so muß er allerdings mindestens 15 Prozent und nicht 15 Prozent 17½ Prozent aufschlagen.“ Diese Auflösung wird von der „Textil-Bode“ als bedenklich und dem Willen des Gesetzgebers widersprechend bezeichnet, denn die Belastung des Verbrauchs beträgt dann nicht 15, sondern 17½ Prozent.

Somma 9/16. Eine Ortsgruppe der Deutschen Nationalen Volksfront wurde hier nach einem Vortrag des Stadtrats Wohrmuth (Dresden) unter zahlreicher Mitgliederanmeldung gegründet.

Waldenburg. Wegen Braubefüllung wurde der Waldkirchener Paul Süßmann, der im benachbarten Schwaben bei Teplitz-Wittichen bei Brand gesetzt bat, ins bietige Amtsgericht eingebrochen.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Admiral v. Knorr ist der „Politischen Zeitung“ aufgegeben vorzeitig nach längerer Krankheit gestorben.

Der Generalschreibstabschef in Cölln wurde mit 70 gegen 18 Stimmen abgewählt. Auktionsfähig sind noch etwa 32 000 Metallarbeiter.

Vertreter der rheinisch-westfälischen Presse hatten gestern eine Versammlung mit dem Reichskanzler, dem Postminister Giesbert und dem Arbeitsminister Schröder. Der Reichskanzler führte nochmals aus, was er gestern den Vertretern des Bergbaus und der Eisenindustrie ausgesetzt hatte und hat die Pressevertreter, an der Auflösung der Bergarbeiter über die Notwendigkeit einer Verlängerung der Arbeitszeit mitzuvorwerfen.

Republik Österreich.

Einführung des Güterverkehrs. Wegen Kohlemangel wird der gesamte Güterverkehr auf den deutschösterreichischen Bahnen vom 16. bis 26. d. M. eingestellt.

Frankreich.

Der nächste Nationalkongress der Grubenarbeiter wird gegen Ende Juni zur Bildung der Nationalisierung der Gruben und der Rohstoffe in St. Etienne stattfinden. Ein internationaler Kongress, dem diese Fragen vorgelegt werden, wird am 2. August in Genf abgehalten werden.

Amerika.

Die Strömung gegen Wilson. Dem „Echo de Paris“ wird aus Washington gemeldet, die Führer der verschiedenen Parteien im Kongress bezeichnen sehr ernstlich die Mittel, die man anwenden könne, um den Präsidenten für unfähig (incapable) zu erklären. Sie wollen, wenn sie ihn auf diese Weise besiegt hätten, einen Vizepräsidenten ernennen. Jedenfalls glaubte man, daß es augenblicklich unmöglich wäre, so zu handeln, ohne einen gefährlichen Konflikt mit der Englisierung hervorzurufen.

Die Erweiterung des Friedensvertrages. Der Senat hat einstimmig beschlossen, die Erweiterung des Friedensvertrages wieder aufzunehmen.

Bei der Verkündigung der deutschen Schiffe hat der Präsident der Internationalen Mercantile Marine Franklin unter Vorbehalt 15 000 000 Dollar für neue Schiffe, die für den Dienst zwischen den Vereinigten Staaten und den englischen und nordeuropäischen Häfen verwandt werden sollen.

Sitzung der sächsischen Volkskammer.

Der Gesetzentwurf zur Abänderung der Gemeinde-, Kirchen- und Schulsteueroberbindung vom 11. Juli 1918 und des Bundessteuergesetzes wird in der Sitzung des Reichstagsausschusses angenommen, ebenso die Abänderung der Verkehrsordnung und die Verordnung die Erhöhung der Gebührenordnung für Arzte, Chemisten,

ja, mit Leib und Seele!

Der erste Staatsanwalt zeichnet ihn durch ein unbegrenztes Vertrauen aus. Er zieht ihn zu allen wichtigen Arbeiten heran, er weiß ihn in den neuesten schwersten Fällen, die Seewalter Angelegenheit, völlig ein. Er bearbeitet sie in Gemeinschaft mit ihm. Volksow ist über jede Einzelheit unterrichtet wie er selber.

Aber niemals spricht er über beratige Dinge, niemals verleiht er ihm die Eitelkeit, auch nur die geringste Andeutung zu machen, daß er mehr weiß als irgend ein anderer.

Er wird immer ernster und verschlossen. Immer ehrlicher verleiht er sich in seine Arbeit — er lebt nur noch für diese und für Gerda.

Sie allein weiß alles, was er erlebt und tut — ihr teilt sich der sonst verschlossene Rückhalt mit, im Verkehr mit ihr offenbart sich die Tiefe seines Gemüts und Charakters, in die er andere nie schauen läßt.

Nur über eins spricht er auch mit ihr nicht — über die Verhaftete.

Als Gerda eines Tages nach ihr fragt, da hatte er die Achseln gezuckt.

„Unbedeutlich — wie von Anfang an“, hatte er nach einer kurzen Pause gelagt, „ich danke dem Himmel, daß ich den Prozeß nicht zu führen habe — es ist kein leichtes Glück für den ersten Staatsanwalt.“

Dann aber hatte er das Gespräch sehr freundlich, aber doch in einer Weise abgebrochen, die ihr zeigte, daß er sich über diesen Gegenstand nicht gern auslöst.

Seitdem hatten sie nie mehr davon gesprochen, und doch wußte Gerda, daß seine Gedanken sehr viel bei der Verhafteten waren.

10. Kapitel.

Es ist geschahen!

Ganz Seewald ist in Aufregung — in Kronburg spricht man von nichts anderem.

Annamarie ist des Mordes angeklagt.

Auf Antrag der Königlichen Staatsanwaltschaft ist gegen sie das Hauptverfahren vor dem Königlichen Schwurgericht in Kronburg eröffnet worden — die nächsten Sitzungen desselben sollen sich mit ihr beschäftigen.

Was wird bei diesem Verfahren herauskommen — wie wird der Urteil der Geschworenen lauten?

Arme Annamarie!

— — — — —

Botschaftung folgt.

Der Staatsanwalt.

Roman von Arthur Brauner.

21. Fortsetzung.

„Welche?“

„Doch es ist das Werk des Herrn von Bostow ist. Mich hat er nie ausstehen können, ich weiß nicht, was ich ihm getan habe. Und ich fürchte, gegen die arme Annamarie hat er ein fauliches Spiel geplant vom ersten Tage an.“

Der Justizrat lagte nichts, aber ein Lächeln, halb bestreit, halb bestätigt, zuckte um seinen breiten Mund.

„Gut, daß er nichts mit der Sache mehr zu tun hat.“

„Wer lagt Ihnen das?“

„Ich hörte eben“, war jetzt zum erstenmal der Rittmeister ein, „dass der erste Staatsanwalt sie allein bat.“

„Selbstverständlich, Herr Rittmeister — es wäre ja auch unbedeutend, wenn man einem solchen Reueling, einem Mann, der eben den Allesfürst standen hat, diese Sache übertrautet. Aber Herr von Bostow müßte nicht sofein sein, um seinerseits nicht auch mitspielen, wenn selbst nur in zweiter oder dritter Rolle.“

Im übrigen aber brauchen Sie sich keinerlei Sorge zu machen. Man hat sie verhaftet, man wird sie wieder gehen lassen wie die anderen alle. Wer mag die Unterredung führen?“

„So viel ich gehört habe — der Amtsrichter Gerthoff.“

„Ah — unter lieber Freund Gerthoff — nun dann ist sie in guten Händen. Das ist einer von den weniger Juwelen, die noch ein unbefangenes Herz begeistern —“

„Wenn sie aber dennoch angeklagt werden sollte“, lagte jetzt die junge Frau in sehr ernstem, anbetrügendem Ton, „würden Sie, Herr Justizrat, dann die Sache

Vermerkungen und Gedanken der gerichtlichen und medizinisch-polizeilichen Untersuchungen betreffend.

Dann beginnt der Abg. Lipinski (Knab.) den Antrag vorher wegen Erlass eines Gesetzes über eine politische Amnestie. Politische Verbrechen seien so auszutunten, daß die ganze Revolution einen Grußungsvorschlag vorstelle und Verstände gegen bestehende Gesetze unter diesem Gesichtspunkt zu beurteilen seien. Wollte man Beruhigung schaffen, so müsse eine politische Amnestie erlassen werden.

Justizminister Dr. Hartmann: Wie gegenwärtig der Antrag vorliegt, geht er zu weit. Unter der Macht der Politik sollen schwere Verbrecher bestraft und von neuem auf die wiedergesetzte Bevölkerung losgelassen werden. Die Wiederherstellung des Belagerungsaufstandes beweist doch idagend, daß wir von dem Zustand der Verblüffung noch weit entfernt sind. Der Antrag hat gar keinen Zweck, denn wo keine Rechtheit obwaltet, hat die Gnade überall geherrscht. Wir müssen auch feststellen, daß unter politischer Macht lichtscheues Geständnis glaubte, Verbrechen ungestraft im Dunkeln verüben zu können. Aus diesen Gründen sind alle Fälle einzeln zu untersuchen. Wir wünschen, daß bald Zustände eintreten, die es dem Reich erlauben, eine allgemeine politische Amnestie zu erlassen. Das wird aber soweit kommen, liegt einmal in den Händen der Unabhängigen und Kommunisten. Ich empfehle Ihnen namens der Regierung, den Antrag zurückzublähen.

Nach einem Schlusssatz des Abg. Lipinski wird der Antrag gegen die Stimmen der Unabhängigen abgelehnt. — Nachste Sitzung Mittwoch, den 18. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 18. Februar 1920.

Die Note der Entente.

(Berlin.) Die am Dienstag vom englischen Gesandtschafter in Berlin übergebene, die Aussichtserklärung betreffende Note, die aus London vom 18. Februar datiert ist, von König George unterzeichnet und an den Kanzler der deutschen Republik gerichtet ist, stimmt mit dem bereits gemachten Text der "Agence Havas" im Ganzen überein. Vorzuhören ist folgende abweichende Stelle: "Angewiesen nehmen die Alliierten von der durch die deutsche Regierung abgegebenen Erklärung mit, daß diese bereit ist, unverzüglich vor dem obersten Gerichtshof in Leipzig gegen alle Deutschen, deren Aussichtserklärung die alliierten und assoziierten Mächte an Jodern beschuldigen, ein Strafverfahren zu eröffnen, welches mit vollständigen Garantien umgedreht sein soll und alle Mritte, Verschärfen oder früheren Entscheidungen deutscher Staats- oder Militärgerichte unverzüglich loshebe". (Note Nr. 88 vom 26. Januar 1920). Die Strafverfolgung, welche die deutsche Regierung hierauf selbst einzuleiten vorschlägt, ist mit der Ausführung des Artikels 22 des Friedensvertrages vereinbar u. v." Weiter zueru muß es in der Note mit "Verurteilung der begangenen Verbrechen" richtig heißen "Anerkennung der vergangenen Verbrechen".

Die Verhandlungen im Ruhrgebiet.

(Essen (Ruhr).) Am Dienstag nachmittag fand zu Ehren des Reichskanzlers und der übrigen Mitglieder der Reichsregierung ein vom Oberbürgermeister angebotener Empfang statt, an welchem Vertreter aller Bevölkerungsgruppen teilnahmen. Oberbürgermeister Dr. Buder hob in seinen Begrüßungsworten hervor, daß die Frage der Vermeidung der Koblenzförderung gelöst werden könne, wenn siebzehnt unter Berücksichtigung aller Gesichtspunkte von Siedlung und Kultur gewaltige Neuanordnungen von Bergarbeitern erfolgten und daß deshalb das von der preußischen Staatsregierung jetzt eingebrochene Gesetz betreffend den Siedlungsverband im Ruhrgebiet eine unabdingbare Lebensnotwendigkeit für den Besitz und das Vaterland sei. — Der Reichskanzler erwiderte, daß auch die Reichsregierung auf dem Standpunkte stehe, daß der durch die wirtschaftliche Einheit im Ruhrgebiet gegebene Siedlungsverband aufs schnellste gemäß den Absichten der preußischen Regierung verwirklicht werden müsse. Der Reichskanzler erkannte auch ausdrücklich die übertragende Bedeutung des Ruhrgebietes für den wirtschaftlichen Wiederaufbau an und legte auch auf die diese Frage berührenden Ausführungen des Oberbürgermeisters zu, daß die Reichsregierung auf die Gewährung der Bevölkerung des Ruhrgebietes im Hinblick auf die gesteigerten Anforderungen der Bergarbeiter die allgemeine Sorgfalt verwenden werde. Auch in dieser Richtung sei indessen die Voranstellung eine nennenswert gesteigerte Kohlenförderung, die sowohl für den inneren Wiederaufbau wie für die Herstellung von geordneten Beziehungen zum Auslande die alles tragende Grundlage sei.

Zustand der Entente in Oberösterreich.

(Berlin.) Über die seitens der oberösterreichischen Verbundestruppen geführte Zustand erheben die Blätter eindeutige Klage.

Entwickelte Spartakisten.

(Nordhausen.) Die im Hochverratsprozeß No. 2 zu je fünf Jahren Festung verurteilten Spartakisten Halland und Schneider sind aus der Festung Wilhelmshaven entwichen.

Ein Dorfleben an China.

(Berlin.) Wie aus Peking gemeldet wird, enthält die englisch-amerikanisch-französisch-japanische Zeitung über die Bewilligung eines Darlehens an China folgende Bedingungen: Verpfändung bestimmter Staatsentkünfte, unverzügliche Einleitung von Friedensverhandlungen zwischen Nord- und Südkorea, Verwendung eines Teils des Darlehens zur Beurlaubung überflüssiger Truppenteile und Sicherung von Erleichterungen für die vier Regierungen bei der Kontrolle der Truppenentlassungen und der Verwendung der vorgetragenen Gelder.

Wisserand beim deutschen Geschäftsträger.

(Berlin.) Nachrichtlich wird aus Paris gemeldet, daß unlängst des gestern erfolgten Besuches des französischen Ministerpräsidenten Wissenden beim deutschen Geschäftsträger Minister Dr. Wagner eine längere Unterredung über aktuelle Fragen stattgefunden habe.

Die adriatische Frage.

(London.) In der letzten Note der Vereinigten Staaten an die Verbündeten wird entschiedener Widerprotest gegen eine Lösung der adriatischen Frage erhoben, die mit dem in Vierländer Verträge getroffenen Bestimmungen und mit den in den 14 Punkten aufgestellten Grundlagen nicht vereinbar sei.

Volkstum in der Schweiz.

(Berlin.) Wie der "Bund" erfährt, wird die Volksabstimmung in der Schweiz über den Beitritt zum Völkerbund wahrscheinlich am 18. April stattfinden.

Wiedereinführung der Nationierung in Italien.

(Mailand.) Nach dem "Avanti" hat der Ministerrat die Wiedereinführung der Nationierung für die notwendigsten Lebensmittel und die Nahrung beschlossen.

Konstantinopel bleibt bei der Türkei.

(London.) (Reuter.) Die engl. Regierung hat ihren Kommissar in Konstantinopel angewiesen, öffentlich bekannt zu machen, daß die Alliierten beschlossen haben, die Stadt Konstantinopel nicht zu besetzen.

Deutsch im „Rezept“.

Einen mutigen Schlußlauf gegen eine alte und längst sinnlos gewordene Lebung in der östlichen Provinz unternimmt Dr. Karl Taeger in der "Münchener Medizinischen Zeitschrift", indem er die lateinische Abfassung der Rezepte geheilt. Mag man auch ohne das Fremdwort "Rezept" nicht auskommen, so könnte man sich doch im Aufhalt dieser Amnestien verständlicher und moderner ausdrücken. "Wie praktischen (?) Rezepte", schreibt er, "haben sämtlich einen heraußen, ungeplagten, unbequemen Boot auf dem Rücken baumeln; aber offiziell entstehen zu Gunsten der 'internationalen' Verständigung. Wer dieses Ungeheuer einmal abschneiden wollte! ... Was hat ihm, dem Rezept, ein so langes Leben in seiner jetzigen Gestalt geschenkt? Der eine Grund ist der, daß unter Lebewohl und nur lateinische Heilmittelbezeichnungen beigebracht haben. Aber unsere Lehrer haben sie auch von ihren Meistern übernommen, und ja geht dieser Weg zurück auf eine Zeit, in der die lateinische Sprache überbaute die alten Studien der Grebe geläufige Verständigung bot. Aus jener fernern Zeit hatte sich das Lateinische auch bis vor einigen Jahren in die "Pharmakope" eingetragen. Dieses Nameimittelbuch erscheint jetzt aber deutsch, und als legitimes Rest der Vergangenheit findet man im Untertitel der eingeschriebenen Rezepten noch die einstmaligen lateinischen Ausdrücke. Die heutige amtlichen Namen sind deutsch. Daher handeln wir nicht folgerichtig, wenn wir lateinisch verschreiben. Der andere Grund, der für das lateinische Rezept angeführt werden könnte, ist der, daß seine lateinische Form das Verstehen in allen Ländern ermöglicht. Wir scheint dieser Einwand noch garnicht bewiesen. Er könnte doch nur bei bejungenen auftretend sein, die lateinisch verstehen. Und das ist mit bei den fremdländischen Apothekern sehr zwecklos!" Undere Völker nehmen ebenfalls diese Müdigkeit auf internationale Verständigung nicht. Seinem englischen Arzt hilft es bei seinen Rezepten ein, daran zu denken, ob seine Apotheker vielleicht einmal in einem deutschen Land richtig gebraucht werden. „Sag nun das lateinische Rezept überflüssig“, läßt der Verfasser fort, „so wird es an einem ungeheuer, wenn wir es vom physiologischen Standpunkt aus ansehen. Das Rezept soll doch einen Satz darstellen, einen Befehl. Was ist daraus geworden? Ein Haufen von Zeichen, abgekürzten Namen, Buchstaben, über deren Bedeutung nur wenige sich klar sind. Ich kannte einen alten Kollegen — ganz alte Hausschule, Freiburg, Alzey — der verschiedene Methusalemblatt grammatisches. Das i wird ihm Seelenkämpfer gefestigt haben. Der Genitivus partitivus war aber gerettet. Wie beutigen drücken uns darum und sehen unbefriedigt irgendwo einen Abkürzungspunkt. Wie soll man aber auch der Fortsetzung nach gewohnter richtiger Form und der Vermindung der Sicherheit gerichtet werden? ... Des weiteren wird eingewendet werden, der Kranken erwarte von "Dr. cinamomis" mehr als von Sintropien. Weder sollte denn der Deutsche ausgerechnet diesen Überzeugungen haben? Oder auch: er soll nicht wissen, was er bekommt. Für diese Fälle bleibe ja das Lateinische noch immer übrig; wie wir uns auch gegenwärtig blödsinnig aus solchen Engpässen herausfinden müssen. So verordnet ein Freund von mir seit "Allalolum meconitum myrraticum officinale", da seine Patienten Wortphüm „nicht verstehen“ oder seyn haben wollen. Dabei ist die Rezeptform überhaupt allenfalls durchschaut. Handwerksmäzen, Mineralwasser, sog. Spezialitäten werden immer deutlich verschrieben. Wo zu also der alte sogenannte Blunder?"

Bermischtes.

Die Karriere eines tschechischen Dienstboten. Es durfte wohl nur den Wenigen bekannt sein, daß die eben in Paris im Alter von 38 Jahren verstorbenen tschechische Königin Gabriele Dostal, die ein Vermögen von 7 Millionen Francs hinterlassen und durch ihre Leidenschaft mit König Manuel von Portugal wie durch ihren fabelhaften Reitensinn in der ganzen Welt von sich reden machte, in Wirklichkeit gar keine Französin, sondern eine Tschechin namens Helene Kavran gewesen ist, die in manchem Prager Haus als Dienstbotin gedient hat. Von Dienstmädchen bis zur wohlberühmten Varietéclauslerin und Königsgeselle, in der Tat eine nicht alltägliche Karriere.

Eine neue Gefahr für Rothäute. Die Indianer in Nordamerika sind von einer neuen Gefahr bedroht, die ihnen voraussichtlich eher das Ende bereiten wird, als die ewigen Kleinkriege früherer Zeiten, der Alcohol und die Verkrüpplung mit der Kultur, die ihre Reihen blöd schreckt haben. Die Gefahr liegt in Ihnen — Heiraten. Es gibt heute noch etwa 350 000 Überlebende des alten Kriegervolkes, die in dem Indian Territory, einem weiten Gebiet, das Ihnen vorbehalten ist, hausen. Viele Indianer sind heute, wie die "Arkansas Gazette" schreibt, reich, da sie Bergwerke, Ölrohrenmaßen, Wälder, Weiden, Vieh usw. besitzen. Die Indianer, die die Hälfte besitzen, haben den Weißen angespielt, erwerben das amerikanische Bürgerrecht und können dann Ihren Aufenthalt nehmen, wo es Ihnen am besten gefällt. So kommt es, daß während einige wenige Indianer noch in Ihren Reservaten abgeschlossen leben, andere sich immer mehr dem neuen Leben und dem Verkehr mit den Weißen anpassen, und die Folge ist, daß Ihnen zwischen Weißen und Indianermädchen und zwischen Indianern, besonders reichen und weißen Mädchen, etwas ganz Gewöhnliches geworden sind. Man sieht heute schon mehr als tausend solcher Ehen, deren Nachkommen natürlich noch viel leichter in der Kultur der Weißen aufzuwachsen und sich wieder mit Weißen verheiraten. Dazu kommt, daß die Geburtenziffer unter den alten Rothäuten niemals sehr hoch war und jetzt noch niedrig abnimmt. Es wird also kaum noch lange dauern, bis die kleinen ehemaligen Herren der Neuen Welt auf diese friedliche Art ganz aus der Welt verschwinden werden.

Der geplante Friedhof. Auch vor dem Tod macht die Tot der Zeit nicht halt, wie folgende Geschichte beweist: Vor den österreichischen Bezirksgerichten Simmering und Schwechat fanden Verhandlungen gegen zahlreiche Personen wegen Holzabfuhr durch Bäume und Dachziehern von Bäumen aus den Auen statt. Unter den Angeklagten befanden sich auch solche, die den Friedhof der Namenlosen in Albersdorf auf dem unbekannten Toten, meist angeschwemmten Weißen, bearbeitigt haben, darunter zurückgezogene, doch nach Angabe der Gemeindeverwaltung Albersdorf keine Weißen mehr bearbeitigt werden können. Die Gemeindeverwaltung folgende Aufsicht gerichtet: "Die geplante Gemeindeverwaltung teilt der Landesregierung mit, daß in Albersdorf keine angekündigten Leichen im Gemeindegebiet Albersdorf auf dem Friedhof der Namenlosen bestattet werden können, somit die Leichen unbedingt liegen bleiben müssen, weil der Friedhof vor den Weißen holzfrei gemacht wurde. Der Friedhof wurde nicht mit seiner hölzernen Umzäunung und der Grabkreuze verzaubert, es wurde auch die Leichenkammer samt den darin befindlichen Sargen und Werkzeugen demoliert und fortgetragen. Wenn der Landesregierung keine Maßnahmen gegen dieses Vergehen ergriffen werden, kann auch die Gemeinde ihren Verpflichtungen nicht nachkommen. Der Polizei gelang es, die Holz- und anderen Diebe festzustellen, die nun ihrer Bestrafung entgegenstehen."

energiest.

Giltstet zur Berechnung der Einkommensteuer. Im Berlage von C. Heinrich, Dresden-Nr. 6 gelangte soeben die "Giltstet zur Berechnung der Einkommensteuer für die Zeit vom 1. Januar 1919 bis mit 31. März 1920" über die erhöhten Aufsätze der Einkommensteuer, Klasse Ia bis 300, zusammengefaßt vom fachl. Finanzministerium, zur Ausgabe. Preis einschließlich Aussendungskosten 0,45 Pf. Die Giltstet enthält die erhöhten Steuersätze nebst Aufsätzen, wie sie vor kurzem von der östlichen Volkskammer angenommen wurden. Ihn erscheinen dürfte nicht nur von den Bürgern und deren Beamten, sondern von jedem Steuerzahler, welcher sich über die Höhe der zu zahlenden Steuern, die im 1. Quartal Jahr 1920 zu entrichten sind, vergewissern will, begrüßt werden. Insbesondere ist die Tafel für Aktiengeellschaften, Banken, Großbetriebe, Industrie, Rentner usw. von besonderem Wert.

Für Mädchen, welche Eltern die Schule verl. wied Stellung gesucht.

Offerten unter V. M. 4521 an das Tagblatt Ries.

Junges Mädchen für den ganzen Tag zur Aufwartung ges. Wettinerstraße 21, 1.

Fröhlich, liebliches

Mädchen,

das im Kochen erstaunt, zum 1. März gefüllt. Frau Dennis, Wettinerstr. 24.

Fröhliches, liebliches

Mädchen

wird in gute Stellung nach Leipzig für bald gefüllt. Au ertragene Mädchens 2. Kl. Wettinerstraße 3, 3.

Fröhliches, liebliches

Mädchen

für Haushalt sofort oder 1. 3. gefüllt. Gute Behandlung. Konditorei u. Café Johannes Stralitz, Ostbahnhof 14a.

Fröhliches Schulmädchen als Aufwartung für die Nachmittage gefüllt. Hedwig Kreke, Bismarckstr. 31.

Zude für 15. März jüngeres 2. Hausmädchen.

Mit Sonnenstrahl vorzustellen bei Frau Beimüller-Zander, Möhrenstr. 24, 1.

Ein ehrliches, liebliches

Hausmädchen

wird zw. 1. oder 15. April gefüllt. Frau Bergmann, Hauptstraße 54.

Frau Dr. Krämer, Dresden-Nr. Gabelsbergerstr. 24, sucht für 1. März ein

Hausmädchen.

Als Aufwartung wird eine Frau od. Mädchen für einige Stunden des Tages gesucht. Frau Maneß Bornmann, geb. Hösel.

Unbekanntes Mädchen auf 8 Tage ausbildungswise zum der Bedienen Säcke

sofort gefüllt. Aufzubauen

Frau, Fräulein, Baraßen-

Lager. Vorzuhören. Dorf

Zeithain Nr. 11, bei Flöte.

Schulmädchen

für Haushalt sofort oder 1. 3. gefüllt. Eine Behandlung. Konditorei u. Café Johannes Stralitz, Ostbahnhof 14a.

Fröhliches Schulmädchen

als Aufwartung für die Nach-

mittage gefüllt. Hedwig Kreke, Bismarckstr. 31.

Zude für 15. März jüngeres

2. Hausmädchen.

Mit Sonnenstrahl vorzustellen bei Frau Beimüller-Zander, Möhrenstr. 24, 1.

Ein ehrliches, liebliches

Hausmädchen

wird zw. 1. oder 15. April gefüllt. Frau Bergmann, Hauptstraße 54.

Frau Dr. Krämer, Gabelsbergerstr. 24, sucht für 1. März ein

Hausmädchen.

Soe zum 15. 3. oder 1. 4. ein anständiges, liebliches

Mädchen, das für seiner Arbeit sorgt und gut machen kann, als Wirtshausterin.

Frau Camilla Grubis, Möhlauer.

Fröhliches unabhängiges Frau

wird zw. 1. oder 15. April gefüllt. Fräulein

Krämer, Gabelsbergerstr. 24, 1.

Fröhliches, liebliches

Hausmädchen

und zur Führung des Hauses

sofort gefüllt. Fräulein

Krämer, Gabelsbergerstr. 24, 1.

Fröhliches, liebliches

Hausmädchen

und zur Führung des Hauses

Lehrfräuleins

werden noch angenommen.
Nur solche, die sich besonders
für wirklich gute Damen-
schneiderei interessieren.

Johanna Gebauer,
Meister für kleine Damen-
schneiderei. Alberstr. 7, 1.

Riesaer
Straßenbau - Gesellschaft.
Wir suchen zum Unterricht
am 1. März d. J. eine

Schaffnerin.

Zu melden bei Bergmann,
Daustrasse 54.

Aufwartung
für die Vormittagstunden
zum 1. März gefügt
Bismarckstrasse 53, 1.

2 Smechte

auf einen Hof nach Pommern sofort oder später
ge sucht von

W. Gramm,
Gröba, Ueberlandzentrale 2.

Gutgehendes Geschäft,
Branch gleich, von leicht,
zahl. Geschäftsm. per 1. April
od. leicht zu kaufen od. leicht
ge sucht. Off. mit R M 2000
an Annonce. Gröba, Fried.
Grimm, Meilen erbeten.

Villa
oder sonstiges
besseres Haus
zu kaufen ge sucht. Garten
u. Eisenbahnhäuse erwünscht.
Heider, Berlin, Güterstr. 2.

Kaufe
ein Grundstück mit 6-13
Scheffeln Feld, Stall und
größtem, sich zu Geschäften
zwecken eignendem Neben-
gebäude in gutem Zustande,
möglichst massiv, oder

tausche
25 Scheffel-Wirtschaft mit
gutem Boden, 1 Werd, 4 Kühen,
3 Räben, bei Hainichen i. Sa.
Ronne auf Wunsch sofort
verkörlich. Nach. Schäfer,
Arendorf. Post Böhmen, Sa.

Geschäft
in best. Geschäftslage Riesa
sofort zu verkaufen
für ca. 80.000,-. Erforder-
lich ca. 15.000,-.
Offeraten unter T M 4519
an das Tageblatt Riesa.

1 Buchsjohlen
½ Jahr alt, sowie ein wach-
samer Rettenshund, 5 Monate
alt, stehen billig zu verkaufen
bei **Dielisch jun.**,
Strebla 115.

Gebr. Böttcher
mit Matrache (165-80) billig
zu verkaufen. Zu erfragen
im Tageblatt Riesa.

Gebr. Kanonen,
Sängen und Stethämpe
zu verkaufen.

Auchs, Schloßke, 24, 3.

Ein außerord. Sportwagen
mit Gummirad, zu verkaufen.
Zu erfr. im Tageblatt Riesa.

1 Sportliegewagen, neuer
Stoffhaar-Matrache zu ver-
kaufen. Zu erfr. im Tageblatt Riesa.

Weithose gegen graue
Hose umgu-
tischen Carolat. 7, v.
Guterb. Herrenknöpfchen
Größe 44, zu verkaufen.
Zu erfr. im Tageblatt Riesa.

Schw. Hut,
Gr. 53, pass. für Konfirman-
den, zu verkaufen
Neu-Wieda, Hauptstr. 9, 2.

1 Esche,
6,50 m. la., 25 cm. Mittennit,
und 1 Birke liegen z. Verkauf
Langenberg Nr. 27 b. Riesa.

1 Pendelsäge,
gut durchrepariert, hat preis-
wert abzugeben
Schlosserei u. Maschinen-
reparaturwerkstatt
Max Polenz, Orlasch,
Bahnhoftstr. 58.

Geschäft Rennengasse 4.

Achtung!
Für Schuhmacher!
Ein Posten Werkzeug, sowie
eine Schäfe-Nähmaschine
und eine Schuhmacher-Näh-
maschine, noch guter, zu
verf. durch Friede. Koch,
Bismarckstr. 80, 1.

Hotel Höpfner, Riesa.

Freitag, den 20. Februar, Anfang 18 Uhr
Sensations-Gastspiel
des berühmten Experimentalphysiologen

BERT ASTRON

land. med. aus Wien

der Meister der Gedankenübertragung.

Aussehenerregende Entwicklungen über
Moderne Wunder!

Aus dem Original-Riesen-Programm:
Der Bankraub. — Die geheimnisvolle Mord-
affäre. — Die mysteriöse Dominopartie. —
Indische Vogtha.

Die Wünschelrute mit Experimenten im
Saale. Der sibirische Pendel. Das Sezen
aus der Hand. Objekte am lebenden Tieren.
Spiegelversuche u. v. a. —
Uebertoll. Tagessprach.
In Dresden 7 mal ausverkauft.

Karten an 4-, 3-, 2-, 1- im Vorverkauf
Buchdruckerei R. Abendroth und Bogenh. Wittig.
An der Abendkasse 50 Pf. Aufschlag
pro Billett.

P. Thieme's ehemaliger Tanzkursus

Gröba.

Alle Scholaren und Scholarinnen von leichten Tanzstunden
werden gebeten, sich Freitag abend 8 Uhr in Gröba's
Gasthof, Gröba, einzufinden zwecks wichtiger Besprechung.
Der Einberufer.

Riesaer Damenhut-Lager

Goethestraße 12.

Nur noch bis Sonnabend umzugshälber

Ausverkauf von Winterhüten

garniert und ungarniert
zu außergewöhnlich billigen Preisen.

Besichtigung ohne Räumung.



Zeithain.

Bezirkshebamme

angestellt worden bin.

Zeithain 50 D.

Frau Helene Bittow.

Altes Bruchsilber zum Einschmelzen

Kupfer, Silber in Barren,
Messing, Zinn, Zink, Blei,
Gummi-Abfälle, Celluloid-
Abfälle, Chemikalien / kauft

Helse & Schnorr, Leipzig

Telefon 12797 Ranstädter Steinweg 6 Telegr. Edelmetalle

Guter Verdienst. Streichhölzer

Kaufe jedes Quantum, Schachtel 20 Pfennig. Postsendungen
sofort unter Nachnahme erbeten.

Aug. Misutait, Seydelung (Ostpr.).

Für die uns anlässlich unserer Vermählung
in so reichem Weise dargebrachten Ehrenungen,
Glocken und wertvollen Geschenke sagen
wir hierdurch allen, besonders aber der gebräten
Familie Lamberts, Frau Klopisch und Fräulein
Marienbergs, herzlichen Dank.

Münchris, den 16. Februar 1920.

Gustav Schulte und Frau

Lina geb. Krause.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung
dargebrachte Geschenke und Glückwünsche sagen
wir im Namen unserer Eltern herzlichen Dank.

Riesa, Sedanstr. 4, d. 17. Febr. 1920.

Gustav Schulte und Frau

Donat.

Vereinsnachrichten

3. C. 13. Donnerstag, den 19. 2., 18 Uhr abends Ver-
sammlung im Restaurant Gambelius.
Rieser Sport-Club 1910. Freitag, den 20. 2., abends
8 Uhr Spielerzusammenkunft im Karpen. Bobstreich
erscheinen, betre. Spiele am Sonntag. Außerdem am
Samstag Vortrag über Fußballdspielen. Sonntag,
den 22. 2., findet anlässlich unseres 10jährigen Be-
triebsjubiläums in der Karpenhöhle statt. Eröffnen
dazu Ehrensache. Beginn 9 Uhr.

Turnverein Gröba. Freitag, den 20. 2., abends 9 Uhr
Versammlung im "Unter". Wichtige Tagesordnung!
Militärverein Gröba. Donnerstag, den 19. 2., abends
18 Uhr Hauptversammlung im "Unter". Tagesordnung:
Jahresbericht, Kassenbericht, Wahlen, Verteilung der
bestellten Gegenstände.
Turnverein Zeithain. Donnerstag abend 8 Uhr im Reichs-
hof Monatsversammlung.

**Einheitsverband der Kriegsbeschädigten und -hinter-
bliebenen Deutschlands; Ortsgruppe Riesa und Um.**

Geschäftsstelle: Gröba (Elbe), Weißstr. 10
Postamt: Amt Riesa 717.

Sonnabend, den 21. Februar, im Gasthof Große zu Gröba

!! Wintervergnügen !!

bestehend in Ball und Berolina.

Anfang 8 Uhr. Eintritt: Herren 3 M., Damen 1,50 M.
Jeder Besucher wird gebeten, ein Geschenk
im Werte von 1 Mark mitzubringen.

Vorverkauf für Riesa: Rieserhalle Schröder, Hauptstr.
und Bogenhengeschäft Frau verm. Höflinger, Schützen-
strasse 10; für Gröba: Herren Friseure Augl. und Rein-
bold, sowie in der Geschäftsstelle.

Reichliches Zuspruch erbittet der Gesamtvorstand.

Kaufmännische Angestellte von Riesa und Umgebung.

Donnerstag, den 19. Februar, abends 8 Uhr
findet im Saale der "Überstraße" eine
öffentliche Versammlung

statt. Thema: Wohin neuert die deutsche Angestellten-
bewegung. Redner: Kaufmännische Brüder, Leipzig.

Oberauf freie Aussprache!
Alle Kaufmännischen männlichen und weiblichen An-
gestellten werden hierzu eingeladen und gebeten, recht zahl-
reich zu erscheinen. Preisgruppe Riesa
des Deutschen Nationalen Handlungsbüchsen-Verbandes.

Märchen-Abend mit Lichtbildern

vom Verein für Volksbildung u. Kunstpflege

Donnerstag, d. 19. Februar, 5 Uhr nachm. im

Wettiner Hof.

Kinder 40 Pf., Erwachsene 1 M. Karten-
verkauf in den Schulen, in den Buchhandlungen
von Hoffmann und Reinhardt u. an der Kasse.
Karten vom letzten ausgefallenen Weihnachts-
märchenabend haben Gültigkeit.

Konfirmanden-Sparkasse Gröba.

Die Auszahlung der Spargelder
für die bisjährige Konfirmanden findet am Sonntag,
den 22. Februar 1920, vormittags 10 Uhr im Gemeindeamt,
Zimmer 4, statt. Es wird dringend erucht, etwas Klein-
geld zum Wiedergeben mitzubringen zu wollen.

Die zur Auszahlung gelangenden Bücher sind bis
spätestens Freitag, den 20. Februar 1920, nachmittags
4 Uhr im Gemeindeamt, Zimmer 10, abzugeben.

Sächs. Fechtschule, Zweig. Röderau.

Sonnabend, d. 21. abends 8 Uhr und Sonntag, d. 22.

nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr

Serien-Preis-Skaten

mit Zahlenreihen, im Brauerei-Restaurant.

Um zahlreiche Beteiligung bittet der Gesamtvorstand.

Radfahrverein „Wanderlust“.

Donnerstag, den 19. Februar, im

Gasthof „Stadt Riesa“, Poppitz

Seines Faschingstränzchen.

Achtung! Schlachtpferde!

Sucht jederzeit zu kaufen. Bei Rotschlachten

festen, zur Stelle. Beau, Transport.

Albert Möhler, Gröba.

Telephon Riesa Nr. 685.

Holene Nollau

Richard Wolf

bedenken sich ihre Verlobung anzusegen.

Poppitz, 18. Februar 1920.

**Die glückliche Geburt eines
frästigen Knaben**

zeigen hiermit in hoher Freude an

Hans Ludwig und Frau Margarete.

Riesa, 17. 2. 1920.

Frauen

welche mit ihrem Verlobte im
Blüchende sind,
kaufen keine *
sweolosen, minderwertigen
Menstruationsmittel.

Sie erhalten von mir in jedem
Falle Rat u. Hilfe. Auskunft
kostenlos. Rückporto erbeten.

O. Fickert, Leipzig,
Alt. 7, Matthäifährhof 18.

Frauenhaar

Rohhaar, Schweif u. Mähne
kaufen Arno Schreiber

Goethestr. 28, neb. Schule.

Kaufe jeden Polten Staub,

Schweif und Mähnenhaar.

M. Butze,

Riesa, Bismarckstr. 15a.

Altblei und Messing

kaufen zu höchsten Tages-

Beilage zum „Riesener Tageblatt“.

Redaktion und Verlag: Baumer & Winterlich, Riesa. Geschäftsräume: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

J. 40.

Mittwoch, 18. Februar 1920, abends.

23. Jahr.

Die verdeckte Gefahr.

Die Entente hat auf die Auslieferung der sogenannten deutschen Kriegsverbrecher verzichtet. Sie hat den Vorschlag durch den höchsten deutschen Gerichtshof, das Reichsgericht, aburteilen zu lassen. Auf eine Mitteilung von Ententevertretern bei dieser Urteilstellung, wie es von der deutschen Regierung zugestanden war, verzichtete die Entente. Sie heißt sich nur vor, später die Beschuldigten vor ihre eigenen Gerichtshöfe zu laden, wenn das deutsche Gerichtsvorfahren so als ein Schutz gegen gerechte Bestrafung herausstellen sollte. Die drohende Gefahr, die mit der sofortigen Auslieferung zweifellos verbunden gewesen wäre, ist also vorläufig verklagt. Vielleicht soll sie für immer gebannt sein, und Ihre erneute Androhung soll nur zur Verschleierung des Rückgangs der Entente dienen. Aber selbst, wenn man das nicht annehmen und die neue Drohung für recht ernst halten will, ist doch zweifellos festzustellen, dass in späteren ruhigeren Zeiten ein andere Aussöhnung der Lage bei der Entente leichter sein wird, als heute.

Jedenfalls ist die schwer gefährdende Kriegsverbrecher aus dem Auslieferungsabkommen der Entente zunächst einmal überwunden. Deutschland wird jetzt, wie es längst befürchtigte, nach dem Urteil vom Dezember v. J. alle wirklichen Kriegsverbrecher vor Gericht laden. Es wird darüber hinaus auch jenen vor das Reichsgericht fordern, die von der Entente in einem neuen Verfahren, nicht noch dem vorliegenden Auslieferungsabkommen bestimmt Kriegsverbrechen bezeichnet werden. Die Entente will eine besondere interalliierte Kommission beauftragen, Schuldmateriale zu sammeln, zu sichern, zu veröffentlichen und den deutschen Regierung mitzutun. Das Reichsgericht muss dann natürlich das Recht haben, Zeugen zu vernahmen und Untersuchungen im vorwärts feindlichen Ausland anzuführen, um die Wahrheit zweifelsfrei zu ermitteln. Unter diesen Voraussetzungen folgt der von der Reichsregierung vorgeschlagene und von der Entente angenommene Vermittlungsweg mit der Ehre und Würde Deutschlands eben noch vertretbar zu sein. Es bleibt für uns lediglich der Stachel zurück, dass allein das deutsche Volk seine sogenannten Kriegsverbrecher bestrafen soll, während die Entente nichts verlauten lässt, dass sie mit ihren Kriegsverbrechern ein Gleiches zu tun beabsichtigt. Über das ist höchstlich eine Angelegenheit des Meinungsschlags der Entente, das uns direkt nichts angeht.

Ein Rückzug mit besonderer Lauter Rückzugskanonade ist auch die neue Entente an Holland wegen der Auslieferung des früheren deutschen Kaisers. Hier sind sowohl Mahnungen und Warnungen, Ablagen und Abschläge funktionsfähig, dass der Kern des neuen Verlangens kaum noch erfassbar bleibt. Er läuft aber ganz einfach darauf hinaus, dass Holland wenigstens der Entente gegenüber Garantien für eine gesetzliche dauernde Internierung Wilhelms von Hohenzollern übernehmen möge. Vielleicht tut das Holland, vielleicht auch nicht. Jedenfalls hat auch hier die allmächtige Entente erfahren müssen, dass es sehr schwierig macht. Wer an dieser bitteren Tatsache die Schuld trägt, ob Lloyd George oder Clemenceau, darüber hebt jetzt der Streit schon an.

Die Landwirte im Zirkus Busch.

bd. Berlin, 18. Februar.

Nach fünfjähriger Unterbrechung hat der Bund der Landwirte wieder eine Jahrestagerversammlung im Zirkus Busch in Berlin abgehalten. Stein äußerlich war es durchaus das alte gewohnte Bild. Die weiten Räume des Zirkus waren bis auf den letzten Platz gefüllt. Unter den Ehrengästen befand sich der frühere Landwirtschaftsminister Freiherr von Schorlemmer-Alteyer und eine Reihe altkonservativer Parteiführer.

Der Vorsitzende des Bundes, Dr. Möller, begrüßte in seiner Größtredere die Vertreter von siebenundvierzig Körperschaften aus Deutschland und auch Vertreter unabhängiger Bauernbünde Deutsch-Sachsen und Böhmen. Dann gab es in seiner Rede und in der weiteren Ausprache überwiegend scharfe Kritik an der Regierung und den gegenwärtigen Zuständen. Das ist man schon von den sechsundzwanzig vorausgegangenen Jahresversammlungen des Bundes der Landwirte gewöhnt. Doch diesmal die Heftigkeit der Kritik alles fröhliche Maß übertrat, kann auch nicht überraschen bei dem gespannten Verhältnis, das von Anfang an zwischen den Verbündeten der Republik und den konservativen oder deutschnationalen Führern des Bundes der Landwirte geheert hat.

Gegen den Schluss der Generalversammlung wurden in einer Entschließung folgende Forderungen aufgestellt: Freie Beweglichkeit in den landwirtschaftlichen Betrieben, Ausdehnung der Erzeugerkreise an die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse, reichliche Versorgung mit Kaufhäusern und allen anderen notwendigen Bedarf, Sicherung der für die einzelnen Landesteile notwendigen Arbeitszeitdauer und durch Schutz gegen Vertragssbruch.

Ausdrücklich versichert die Entschließung noch, dass es keine Pflicht der Landwirte sein soll, die heimliche Scholle zu bestellen, die Ernährung für das deutsche Volk zu schaffen, den Hunger des Volkes zu mildern und Deutschland über die Schwelle der nächsten Zeit hinwegzubringen.

Rundgebungen in Saarbrücken.

tu. Basel, 18. Februar.

Das „Echo de Paris“ meldet, dass in Saarbrücken und Saarburg Rundgebungen gegen die französische Militärverwaltung stattgefunden haben. Die Straßen wurden von französischen Patrouillen gesäubert. Die Polizeistunde wurde am 9. Uhr festgestellt. Jede Ansammlung auf öffentlichen Plätzen und Straßen ist verboten.

Verhandlungen über die oberschlesische Kohlenfrage.

da. Berlin, 17. Februar.

Mit Beginn auf die Meldung, dass die Franzosen daran gingen, Deutschland jegliche Verfügung über die oberösterreichische Kohle zu entziehen und die gesamte Ausbeute mit Beschluss zu belegen, wird an amtlicher Stelle erklärt, dass Verhandlungen über die grundlegende Regelung des deutschen Kohlenbedarfs aus Oberschlesien bereits im Gange sind. Von maßgebender Stelle wird dabei der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass die Franzosen ihre Verfügungen über die Kohle nicht ohne Rücksichtnahme auf die deutschen Bedürfnisse treffen werden.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Unter Bruch des Friedensvertrages haben die Franzosen in Gleiwitz ein Militärgericht eingesetzt, das bereits eine Reihe deutscher Staatsbürger verurteilt hat.

Die neuen Noten der Entente in der Auslieferungsfrage.

Die Note an Deutschland.

Die „Agence Havas“ veröffentlicht folgenden Text der nach Berlin abgegangenen Note:

Die Alliierten haben mit Aufmerksamkeit die Mitteilung geprüft, die von der deutschen Regierung am 25. Januar 1920 an sie gerichtet wurde, und in der die schweren Sorgen sowohl wirtschaftlicher wie politischer Natur dargelegt werden, die aus der Durchführung des in den Artikeln 228 und 230 über die Auslieferung der angeklagten Deutschen enthaltenden Bestimmungen auch für die Durchführung des Friedensvertrages vom 28. Juni 1919 selbst erwachsen würden. Die Mächte stellen zunächst fest, dass Deutschland erklärt, außerstande zu sein, die für es aus den oben erwähnten Artikeln des von ihm unterzeichneten Vertrages sich ergebenden Verpflichtungen einzuhalten. Sie deholten sich vor, dass ihnen aus dem Vertrage zufolgend Recht in dem Maße und in der Form zur Anwendung zu bringen, wie es ihnen zweckmäßig erscheint. Unter dieser Voraussetzung nehmen die Alliierten Alt von der durch die deutsche Regierung abgegebene Erklärung, doch sie bereit ist, vor dem obersten Reichsgericht in Leipzig unverzüglich ein mit den vollständigsten Garantien versehenes Strafverfahren gegen alle Deutschen einzuleiten, deren Auslieferung die alliierten und absozierten Mächte zu verlangen beabsichtigen.

Die von der deutschen Regierung selbst vorgeschlagene, von ihr unverzüglich in die Hand zu nehmende Strafverfolgung ist vereinbart mit der Durchführung des Artikels 229 des Friedensvertrages und ausdrücklich am Ende des ersten Absatzes dieses Artikels vorgesehen. Gegen dem Buchstaben und dem Geiste des Vertrages, werden die Alliierten sich hüten, sich irgendwie in das Verfahren, die gerichtliche Verfolgung und das Urteil einzumischen, um so der deutschen Regierung ihre volle und ganze Verantwortlichkeit zu überlassen. Sie behalten sich vor, an Hand der Tatsachen den guten Glauben Deutschlands, die Verurteilung der begangenen Verbrechen durch Deutschland und den aufrechten Willen, an deren Bestrafung mitzuwirken, zu bemessen. Sie werden leben, ob die deutsche Regierung, die sich außerstande erklärt hat, die Schuldigen zur Aburteilung zu verhelfen und den Alliierten zu übergeben, wirklich entschlossen ist, sie selbst vor dem Reichsgericht in Leipzig abzurichten.

Gleichzeitig haben die Alliierten, um der Wahrheit und der Gerechtigkeit zum Durchbruch zu verhelfen, beschlossen, eine interalliierte gewisse Kommission zu beauftragen, eingehend und im einzelnen die Straftaten eines jeden, dessen Schuld durch die Unterladung der Alliierten festgestellt wurde, zu kontrollieren, zu veröffentlichen und der deutschen Regierung mitzutun.

Endlich halten die Alliierten darauf, in formeller Weise zu erklären, dass das Verfahren vor einer Gerichtsbarkeit, wie sie vorgeschlagen wurde, in seinem Falle die Bestimmungen des Artikels 228 bis 230 des Friedensvertrages aufzuheben kann. Die Mächte behalten sich das Recht vor, zu prüfen, ob das von Deutschland vorgeschlagene Verfahren, das nach Deutschlands Verpflichtung den Angeklagten volle Rechtsgarantien sichern soll, nicht schließlich darauf hinausläuft, die Schuldigen der gerichtlichen Bestrafung für ihre Vergehen zu entziehen. Die Alliierten werden in einem solchen Falle soll und ganz ihr Recht ausüben und die Schuldigen vor ihre eigenen Gerichte stellen. (ges.) Lloyd George.

Die Note in Berlin überreicht.

Der englische Gesandtschaftsrat hat gestern mittag die Note der Entente über die Auslieferung überreicht.

Die Note an Holland.

Die neuverfasste Note lautet:

Die Mächte wünschen von der Regierung Ihrer Majestät keineswegs, dass sie von ihrer traditionellen Politik abweichen soll, sondern dass sie nur den Charakter ihres Erfindens erweitern möge. Dieser Charakter wird ihrer Ansicht nach nicht hauptsächlich von der holländischen inneren Gesetzgebung bestimmt, und dieser Charakter wurde nicht gebrüder von Holland beachtet. Es handelt sich nicht um die Frage des Preises, und die Mächte können nicht warten, bis der Weltgerichtshof gegründet worden ist, der die Beugung hat, die internationale Vergehen zu untersuchen, für die die Mächte die verantwortlichen Anführer der Katastrophen des großen Krieges zur Verantwortung ziehen. Es ist gerade der von Ihnen verlangte Prozess, der den Weg für die Gründung eines derartigen Gerichtshofs führen würde. Es wäre es aber nicht, wenn die Regierung Ihrer Majestät auf ihrer Ablehnung besteht, den Kaiser auszuliefern, wenn sie eine unangemessene Przedation schaffen würde, die gerade geeignet ist, jeden Schritt dieses internationalen Gerichtshofes gegen hochehrende Vertreter unmöglich zu machen.

Die holländische Regierung scheint nicht zu erkennen, dass ihr zusammen mit anderen abwilligen Mächten, die Aufgabe obliegt, die Bekämpfung der Vergehen gegen die Gerechtigkeit und die Gewaltlosigkeit der Menschlichkeit heranzutreten, und es ist ein solches Vergehen, für welches Wilhelm von Hohenzollern zweifellos eine grobe Verantwortlichkeit trägt. Es ist unmöglich, an der Kollektivkraft dieser Note vorüberzugehen.

Die holländische Regierung hat zweifellos nicht vergessen, dass die Politik und das persönliche Verfahren des Mannes, dessen Auslieferung von den Mächten verlangt wird, etwa 10 Millionen Männern das Leben gefordert hat, das diese Toten für die Verleugnung und Schädigung der Gesundheit eines dreimal höheren Zahl von Männern, für die Unbehagbarmachung und Verheerung von Millionen Quadratkilometern Boden in Ländern, die früher friedsam, stolz und glücklich waren, und für die Belastung der Welt mit Kriegsschäden, die in die Millarden gehen, verantwortlich sind, und das unter den Opfern auch solche sind, die ihre eigene Freiheit und die gleichfalls die Freiheit Hollands verloren haben. Die wirtschaftliche und soziale Existenz aller dieser Nationen ist in Verwirrung gebracht worden. Sie sind jetzt von Hunger und Mangel betroffen. Das sind die schrecklichen Folgen des Krieges, dessen Anführer Wilhelm II. war.

Die Alliierten können ihr Erstaunen darüber nicht verbergen, dass in der holländischen Antwort kein eingesetztes Wort zu finden ist, das die Vergehen des Kaisers bekräftigt. Wie ist es möglich, dass jemand nicht unter den Eindruck der realistischen Manifestationen, die der Bevölkerung folgen müssen, kommt wird. Es kann kaum Holland tun, sich selbst durch bewaffnete Auslieferung seiner Verpflichtung zu ver-

hören der Volkgemeinschaft zu stellen. Die Mächte wünschen, die holländische Regierung davon zu erinnern, dass, wenn Holland in seiner Haltung der Gleichmäßigkeit hinsichtlich der Anwendung der erstaunlichen Famille auf ihrem Gebiete so nahe bei Deutschlands verharzt, es dadurch die Verantwortlichkeit nicht nur darstellt, dass sie den Angeklagten in Schutz genommen haben, auf sich nimmt, sondern auch die Verantwortlichkeit für die Propaganda, welche so gefährlich für Europa und für die ganze Welt ist. Die Mächte, welche die Mächte laut den strengen Grundzügen des Völkerrechts besitzen, erfüllen ihnen die Macht und das Recht und machen es ihnen zur Aufgabe, solche Maßnahmen zu treffen, wie sie ihre eigene Sicherheit verlangt.

Die Mächte können den peinlichen Eindruck nicht verbergen, welchen die Ablehnung der holländischen Regierung, die Kaiser auszuliefern, auf sie gemacht hat, bevorher weil Holland mit seinem Wort gewisse Vorwegnahmen erwähnt hat, sei es, dass diese an Ort und Stelle getroffen werden, oder sei es, dass der Kaiser in weiter Enthüllung von den Sagen seiner Vergangenheit gehalten und es ihm somit unmöglich gemacht wird, einen solchen Einfluss auf Deutschland auszuüben.

Oftwohl ein Vorschlag dieses Charakters sich nicht vollkommen mit dem Geschmack der Mächte deckt hätte, würden diese dennoch den Beweis der Gesetze erbracht haben, welche Holland zweifellos auch gegen uns. Die Mächte weisen daher die holländische Regierung feierlich und nachdrücklich auf das Interesse hin, welches sie einer neuen Erwähnung der ihr unterbreiteten Fragen beizumessen. Sie verlangen, dass es deutlich verhindert wird, welch eine erste Zone für Holland daraus entstehen könnte, wenn die holländische Regierung nicht die Garantien bietet, welche Europas Sicherheit erfordert.

Beschlissene zur Antwort der Entente.

Die gestrigen Berliner Abendblätter besprachen bereits die in Berlin überreichte Antwortnote der Entente in der Auslieferungsfrage.

Der „Borussia“ schreibt: Die Note ist keineswegs frei von Ambivalenz und Unsicherheiten, die zu künftigen Verwicklungen Anlass geben können. Für den Augenblick ist jedenfalls die höchst kritische Situation entstanden. Es besteht die Sicherheit, dass die Auslieferung der Angeklagten an den Feind liegt, und die starke Möglichkeit, dass sie auch für die Zukunft vermieden wird.

Das „Berliner Tageblatt“ bemerkt: Ohne die stillen Gedanken der Regierung zu kennen, darf man wohl annehmen, dass sie ganz einfach erklären wird, das Reichsgericht werde in voller Unabhängigkeit, nur vom Geiste des Rechtes geleitet, die Anklagen untersuchen und die Urteile fällen, und dass sie die Ententemächte erfüllen wird, ihr all die Möglichkeiten zu dienen, ohne die es eine einwandfreie und befriedigende Prozedere nicht gibt.

Der „Vossische Zeitung“ erklärt: Eigentlich keinen Grund, zu jubeln oder die Reichsregierung zu ihrer Haltung zu begeistern, haben wir in Deutschland nicht. Alles hat sich zwangsläufig vollzogen.

Die „Kreiszeitung“ führt aus: Die Note ist unannehmbar und ebenso, wie die Auslieferungsnote, unbeschreibbar. Wählt der Regierung sie jetzt zu zeigen vor aller Welt, ob sie noch ein Gefühl für die deutsche Ehre hat. Zweckmäßigkeitssünden können zu einer Nachgiebigkeit nicht führen.

Auch die „Deutsche Zeitung“ beschreibt die Note in ihrer vorliegenden Form als unannehmbar.

Note über die Ententenote.

in. Bremen, 18. Februar.

Der seit Montag in Bremen anwesende Reichswehrminister Stoebe äußerte sich dem Verleger des „Vossischen Zeitung“ zu der Antwortnote der Entente u. a. folgendermaßen: Es wäre durchaus verständig, anzunehmen, dass wir von allen weiteren ersten Schwierigkeiten und etwaigen Repressalien dennoch wieder überredet würden. Da sich die Alliierten des Rechts ansichtig vorbehalten haben, Schuldige, deren sie habhaft werden, vor ihre eigenen Richter zu stellen, bleibt eine außerordentliche Unschärfe für jeden Deutschen, der im Kriege war, bestehen, wenn er künftig eines der alliierten Länder betrifft. Ich halte es aber für ganz verkehrt, auf Meinungsverschiedenheiten zwischen den Alliierten nennenswerte Hoffnungen zu legen. Vor einer Revision des Friedensvertrages, wie wir sie noch nie vor anstreben, sind wir noch weit entfernt und bei der vorliegenden Note kann mit keinem Wort die Rebe davon sein. Nach dem, was wir bisher von den negativen Staaten erfuhrten, werden sie Aenderungen und Bildungen lediglich soweit zulassen, als sie gleichen, doch damit ihren eigenen Interessen gedient wird. Deutschland zu lieben die Franzosen und Engländer das gewiss nicht tun.

Eine Note Poincaré.

Präsident Poincaré sagte in Verdun in seiner letzten offiziellen Rede: Man habe im Friedensvertrag Deutschlands keine Strafverschärfungen auferlegt. Man habe nicht einmal die Außerordnung der Kriegsfolgen verlangt, sondern nur die Zahlung der Militärpensionen und der materiellen Kriegsbeschädigung. Deutschland habe sich verpflichtet, ein bestimmtes Quantum Höhe an Frankreich zu liefern, ferner diejenigen seiner Offiziere auszuliefern, welche sich Vergeben gegen das gemeinsame Recht hätten zuschulden kommen lassen. Vor einer Revision des Friedensvertrages, wie wir sie noch nie vor anstreben, sind wir noch weit entfernt und das der vorliegenden Note kann mit keinem Wort die Rebe davon sein. Nach dem, was wir bisher von den negativen Staaten erfuhrten, werden sie Aenderungen und Bildungen lediglich soweit zulassen, als sie es mit einem neuen Klienten zu bedrohen!

Die französische Presse über die Londoner Ergebnisse.

Über das bisherige politische Ergebnis der Londoner Konferenz zeigt sich die franz. Presse bestreitig. Das Nachgeben in der Frage der Auslieferung wird ihrer Ansicht nach durch den Erfolg in der Frage Konstantinopel rechtlich ausgeschlossen. Für die Engländer war in diesem Punkte ein Nachgeben gegenüber Frankreich und Italien nicht kostspielig, da beide unterrichtete Kreise von der Verlagerung des Saitans aus Konstantinopel Nutzen bei allen Mohammedanern fürchten.

Die ältere Wettbewerbskommission.

Aus London wird gemeldet, daß die interalliierte Kommission, die zur Aufstellung der Beweise der Kriegsschulden ernannt wurde, am 20. d. M. zusammenentreten soll. Die britische Regierung wird durch Lord Birkenhead, die französische durch Bonac, den ehemaligen Unterstaatssekretär im Militärjustizministerium und die belgische durch Molin Jaquemyn vertreten werden. Den Vorsitz führt London.

Aus Berlin.

Wie der „Tempo“ meldet, soll der Name des ehemaligen Großherzogs von Hessen aus Versetzen auf die Auslieferungsliste gekommen sein. Es sei möglich, daß die Nachprüfung der gegen ihn vorliegenden Beschuldigungen die Alliierten verlassen werde, seinen Namen zu streichen.

Brief der Alliierten an Wilson.

Das „Journal des Débats“richteten die Alliierten einen Brief an Wilson, in dem sie den Wunsch aussprachen, die europäischen Fragen in vollkommener Übereinkunft mit Amerika weiter zu behandeln, an denen Wilson während seines Aufenthalts in Frankreich bereits mitgearbeitet hat. Es wird aber bemerkt, daß eine dauernde Abwesenheit des amerikanischen Vertreters diesem Verstreben nicht förderlich sei.

Die Neutralen liefern nicht aus.

Information meldet: Die neutralen Regierungen sind in den Beiträgen der Auslieferungsliste gelangt. Die schweizerische, spanische, holländische und skandinavische Regierung sind überzeugt, weder Verhaftungen noch Verhöre von Personen, die auf der Liste stehen, auszuführen.

Die Beziehungen zu Sowjetrussland.

zu Berlin, 17. Februar.

Zur Frage der Entsendung einer deutschen Studentenmission nach Sowjetrussland hört die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ von unterschiedlicher Seite, daß Wirtschafts- und Industriekreise vor einigen Wochen an die Regierung herangetreten mit der Absicht, im Anschluß an die in Koppenhagen geführten Verhandlungen zwischen dem Verband und Sowjetrussland auch ihrerseits mit russischen Kreisen in Führung zu treten. Die Regierung lehnte eine amtliche Beteiligung ab und bat es den deutschen Industrie überlassen, mit russischen Wirtschaftsverbänden direkte Beziehungen aufzunehmen.

Gescheime Abmachungen zwischen England und der Sowjetregierung?

Die Botschaftsleitung Englands gegenüber der Sowjetregierung in Moskau läßt, wie die „Telegraphen-Union“ und englischen Bankkreisen hört, auf geheime Abmachungen zwischen beiden Ländern schließen. Infolgedessen ist in England zurzeit eine außergewöhnlich hohe Nachfrage nach Rubelnoten, die in großen Potenzen gekauft werden und daher im Kurs angezogen haben. Zur Zeit aufgekauft und noch auszuholenden Rubelbeträge beschäftigen englische Firmen, von Russland große Mengen Metalle, Kupfer und Schwefel zu kaufen, sodann kein oder nur wenig Geld nach Russland abzuliefern wird.

Polen und die Polizeiwistengefahr.

Der Warschauer Berichterstatter der „Times“ hatte eine Unterredung mit General Pilsudski. Dieser bestätigte es als sehr wahrscheinlich, daß die Polenkrieger eine Offensive gegen Polen planten. Sie verstärkten Tag für Tag ihre Streitkräfte und bereiteten sich zum Angriff vor. Wie in Helsingfors verlautet, hat die polnische Regierung der lettischen mitgeteilt, daß Polen wahrscheinlich in der nächsten Woche die Friedensverhandlungen mit Räteuerland beginnen werde.

Polen von den Engländern geräumt.

Halbmonatlich wird bekanntgegeben, daß die britische Garnison in Polen nach Konstantinopel zurückgezogen worden ist. Damit haben die letzten englischen Truppen den russischen Boden verlassen, wie es Lord George Shaw vor einigen Tagen im Unterhause ankündigte. Die englische Interventionstruppe Churchills Richtung hat damit praktisch ihr Ende erreicht.

Die Arbeitsplicht in Sowjetrussland.

Trotz erklärtem Zentralgelehrtenkomitee, daß die Arbeitsplicht strenglich durchgeführt werde, kann die Einführung der Naturallohn noch nicht erfolgen. Neue Arbeitsarbeitsmänner würden im Uralgebiet sowie in der Ukraine gebildet.

Prozeß Erzberger—Helfferich.

Im Helfferich-Erzberger-Prozeß wurde gestern der Fall Wolff behandelt. Helfferichs behauptete, daß Erzberger genaue Besichtigungen zu den großen Eisenbahnsunternehmungen von Otto Wolff in Köln unterhalten habe, dessen Witwer Otto Strauß dem Minister keine Stellung verbannt und dessen Millionen-Plusfubgewinn aus Bevorzugung und Information durch Erzberger wahrscheinlich Behörden beruhten. Die Firma habe eine wichtige Gesellschaft unterhalten, an der höchste Staatsbeamte teilnahmen. Erzberger verneinte dagegen auf die Schmähler der Hamburg-Amerika Linie während des Krieges im „Allerheil.“, an denen Helfferich sich beteiligt habe. Beide Parteien feierten die Beihilfe der Gegenseite ab, sich des älteren in ungewöhnlicher Weise haben bewirten zu lassen. Erzberger erklärte, er sei an der Ernennung von Strauß zum Geh. Regierungsrat unbeteiligt. Die Firma Wolff sei in keiner Weise begünstigt worden. Er habe mit Strauß und anderen gelegentlich getroffen, weil er aus Zeitmangel wichtige Unterredungen beim Frühstück erledigen mußte. Dr. Alsborg rief, ob Erzberger nicht seinen Freunden kurz vor Friedensschluß erlaubt habe, der Freiheit werde unter allen Umständen geschlossen, und ob darauf mit Wissen des Rebenfängers Valutastände und so zu den Geschäften der Waffenstillstandskommission zugezogen seien. Der Zeuge Strauß sagte aus, daß keiner von Erzberger, noch Erzberger von ihm Vorteile gehabt habe. Es wurde weiter der Fall Wicker verhandelt. Ein Angestellter im Büro Erzbergers v. d. Post befand sich in einer geschäftlichen Privatsache mit dem Ausknaufe für Oste und West im Streit. Wie Erzberger zugab, schrieb ihm dieser einen Brief, er wisse aus Holland viele einführen und wolle 3 Prozent Beute, die damit zu tun hätten, zur Verfügung stellen. Während Erzberger erklärte, den Wann zur Seite gestellt und den Brief zurückgegeben zu haben, hielte Rechtsanwalt Alsborg fest, daß der Brief befürwortend weitergegeben worden sei.

Erzberger erklärte sich zu irren. Später das v. d. Post

soll eine Firma mitgewirkt, die ein Patent Wirkstoff herstellen wollte, das letztlich die Eisenbahnbetriebe in Frage kam. Erzberger war mit 40.000 Mark und 40 Prozent Gewinn beteiligt. Die Firma hat einen einzigen kleinen Auftrag erhalten und nicht ausgeführt. Beide v. d. Post erklärte, er und Erzberger hätten ihr Geld verloren. Sch. Rat Hoogen vom Eisenbahnamt bestätigte, daß ein Schreiben Erzbergers, als er schon Staatssekretär war, an den Eisenbahnamt einging, worin er bat, der Firma Gelegenheit zu geben, das Patent auszuführen. Helferich stellte hiermit einen Widerbruch fast gegenüber einer neuerlichen Aussage Erzbergers, daß er nie und nimmer zugunsten einer Erdölperson eine Intervention beim Eisenbahnamt unternommen habe. Erzberger erklärte dies als eine freimüthige Auffassung. Die Verhandlung wurde auf Freitag verlängert.

Der Prozeß Gaillau.

zu Berlin, 17. Februar.

Herrn nachmittag begann vor dem zum Obersten Staatsgerichtshof erklärten Senat die Verhandlung gegen Joseph Gaillau. Gaillau ist angeklagt, von der Friedeklärung an, namentlich in den Jahren 1914, 1915, 1916 und 1917, sei es in Frankreich und besonders in Paris, sei es im Ausland gegen die äußere Sicherheit des Staates Anklänge unterkommen und Unterschlagung mit dem Feinde gesucht zu haben, um dessen Blöße gegenüber Frankreich und seinem Alliierten zu begünstigen. Das sind Vergehen gegen das Strafgesetz und gegen das Militärstrafgesetz. Gaillau wird von den Abgeordneten Demange, de Moro-Giafferi und Roubet vertheidigt; die beiden letzteren sind Abgeordnete der Kammer. Die heutige Sitzung wird mit der Verlehung des Anklagesatzes ausgestellt werden. In die Debatte selbst wird Freitag eingetreten. Den Vorsitz im Obersten Gerichtshof führt Leon Bourgeois, als Staatsanwalt ist Leconte tätig. Von der Anklagebehörde sind 71 Zeugen geladen, von den Verteidigern fast ebensoviel. An drei Tagen in der Woche, Dienstag, Mittwoch und Freitag wird verhandelt.

Deutsche Wirtschaftsorganisation.

Die planmäßige Organisation des deutschen Wirtschaftslebens nach dem Gesichtspunkt des Gemeinnützens ist eine Frage der Erhaltung der Erzeugung, also des Anreizes für die Produzenten, mehr Nobile, Industriewaren und Landwirtschaftliche Produkte herzustellen, und, in untrennbarem Zusammenhang damit, die Anpassung der Einkommen der Verbraucherkreise an die jeweiligen Marktpreise. Bislang ist in vielen Fällen das System der Zwangsirtschaft der alten Form produktionsmindernd oder gar verhindrend gewesen, während das starke Lohnsystem die Verbrauchermaßen den steigenden Preisen gegenüber obrückig ist. Diese Ohnmacht entlud sich in unserer anarchistisch gewordenen Volkswirtschaft in wilden, zerstörenden und die Vereinigung föderierenden Lohnkriegen. Die einseitige Verbraucherpolitik der Regierung, der Gewerkschaften brachte es darin, daß die hohen Löhne der Industriearbeiterchaft sehr wenig Kaufkraft hatten, da die hohen Kosten für die Erzeugung nicht in Einklang zu bringen waren mit den unter der Zwangsirtschaft gesunkenen Preisen. Selbstverständlich wird eine Umorganisation der deutschen Wirtschaft damit zu beginnen haben, das einmal die Erzeuger durch Provinz — die siebte Provinz als produktionsfördernd anfaßt, und die Edward Bernsteins noch längst im „Vorwärts“ geradezu als kulturfördernd betrachtete — angeregt werden, die Klasse der Kaufmänner zu vermehrern. Die Kaufmänner darf aber nicht sinken, sondern muss in Einklang gebracht werden mit den steigenden oder sinkenden Preisen. Ein Anziehen der Preise muß so notgedrungen und notwendig eine Erhöhung der Löhne, aber in gelegentlicher Form, mit sich bringen. Die einzige Möglichkeit dazu ist die Festlegung der Erzeugerkosten, die von Zeit zu Zeit zu erfolgen hat, und die Einführung steigender Lohnsätze, deren Grundlage nicht die wilde und gewissmäßige Forderung einer Arbeiterschaft, sondern die jeweilige Interessen der lebensnotwendigen Artikel, wie Wohnung und Bezugung, Brot, Fleisch und Fett, sein muß. Dieses System gelangt in England allmählich zur Einführung, wirkt streifverbindend und produktionsfördernd, sofern die obligatorische Scheidungsarbeit geleicht eingelübt wird.

Noch sind wir nicht so weit. Noch stehen wir im ersten Stadium dieser Wirtschaftsordnung, die anstelle des wilden Kampfes der Verbraucher und Erzeuger und eines anarchischen Produktions- und Verbrauchsprozesses die gezielte Regulierung fest. Da jedoch die Notwendigkeit einer solchen Regelung bis jetzt in den gewerkschaftlichen Kreise hin ein sich überzeugend ausdrückt, wird der ökonomische Zwang nicht zu einer sozialistischen, auch nicht zur Beibehaltung der rein individualistischen, sondern zur Einführung der kollektivistischen Methode führen, die nicht Überwindung des Kapitalismus bedeutet, sondern Erhaltung und Ausnutzung aller im gegenwärtigen System vorhandenen, aber noch ungeregelten Kräfte und Möglichkeiten. Die Erziehung des Verbrauchers zum Gedanken, daß die Erzeugung das Grundlegende und Prinzipielle jeder Volkswirtschaft ist, wird nicht durch moralisierende Redensarten, sondern durch den ehreren Gang ökonomischer Notwendigkeiten gefördert, und ist in den letzten Monaten gefordert worden. Wenn die Erzeugerkosten steigen, die Preise binaufsetzten, die Löhne aber damit gleichen Schritt halten, dann wird die deutsche Volkswirtschaft gefunden. Die Anlage dieser Regelung lassen sich im Bergbau beobachten, aber auch in der Landwirtschaft selbst, die jetzt durchorganisiert ist, deren Agitationsmethoden noch wild sind, da diese Interessenvertretung noch jugendlich und erfahrunglos ist. Der Zwang und die Abhängigkeit von der Steigerung der Erzeugung so stark, daß diese große Welle notwendig ist mit dem Problem der Förderung der Erzeugung und innerhalb der anders gerichteten Gewerkschaften selbst mit der Verzettelung ihrer Ansicht und der Verbraucheraufzehrung zu befreien haben werden. Nicht die äußeren Formen eines solchen Verdens sind entscheidend, auch nicht der gelegentliche Zusammenprall der Vertreter der rein sozialistischen und der rein kapitalistischen Methode, sondern maßgebend ist allein die nicht sichtbaren, aber desto stärkeren Strömungen, die zu einer Zusammenfassung und Regelung des Verbrauchs und der Erzeugung zwingen.

Die Umorganisation der deutschen Volkswirtschaft muß aus eigener Kraft erfolgen. Dazu notwendig ist auch die Regelung der Einnahme und Ausfuhr durch gelegentliche Maßnahmen. Es ist ein selbstmörderisches Verlust, die Auslandswaren Preise zu gewähren und unter dem hohen Valutastand zu müssen, die wie im eigenen Lande erzeugen könnten, wenn das für Auslandsgüter nicht zum Fehlverdienst der Verbraucher führt. Die Erzeugung nach fernöstlichem Plan benutzt und somit dem deutschen Wirtschaftskörper erhalten geblieben wäre. Wir sind nicht in der Lage für Auslandsgüter Milliarden auf Milliarde des zusammengeflossenen deutschen Volkswirtschaftsvermögens dauernd ins Ausland abzuführen. Wie müssen jeden Pfennig verwenden, um unsere eigene Erzeugung zu haben, und müssen unter Verlagerung jeden Pfennig sparsam sein und arbeiten. Regelung der Produktion und der Güter nach dem Gesichtspunkt der Gemeinnützigkeit, unabdingbar machen vom Ausland, das außerdem kann die deutsche Volkswirtschaft wieder so kräftigen, um nach dem Zusammenschluß wieder lebendig und wohlabsorbierend zu wirken.

Das Kommunalisierungsgesetz.

zu Berlin, 17. Februar.

Der Entwurf eines Kommunalisierungsgesetzes ist fertiggestellt gewesen. Bei dem Sinken der Währung und dem Schwanken des Geldmarktes hat aber die ursprünglich geplante Form der Gewährung der Entschädigungen, die ähnlich wie bei Elektroalitätsrecht sich auf den Wert der Unternehmungen vor dem Kriege gründen sollte, nicht mehr aufrecht erhalten bleiben können, wenn man nicht große Unbilligkeiten hätte hervorrufen wollen. Es haben deshalb neue Verhandlungen über die Wertfestsetzung in die Wege geleitet werden müssen, die dem Abschluß nahe sind. Das Gesetz wird der Nationalversammlung noch vorgelegt werden. Das Reichstagsgesetz kommt in der nunmehr geplanten Form noch in dieser Woche am Kabinett.

Narren in Syrien.

zu Zürich, 18. Februar.

Wie die „Neue Zürich Sta.“ meldet, dauern die Unruhen in Syrien und der Kampf arabischer Freiwilligen und Arabern fort. In Damaskus handeln nationalistische Kundgebungen für die Unabhängigkeit Syriens statt. In der Küstenregion sind es im Gleichgewicht zwischen arabischen Arabern und syrischen Völkern. Die Freiwilligen mühten die Stadt Aleppo in Folge eines Vorstoßes arabischer Freiwilligentruppen räumen.

Internationalisierung des Bosporus und der Dardanellen.

Der Oberste Rat hat, wie aus London gemeldet wird, beschlossen, nicht nur die Dardanellen, sondern auch den Bosporus zu internationalisieren. Hierzu werden eine Reihe von militärischen Maßnahmen erforderlich sein, mit deren Verbreitung ein besonderer Abschluß unter dem Vorsitz von Marshall Foch betraut wird. Diesem Abschluß gehört u. a. auch General Franchet d'Esperey an.

Die

Denkchrift über den Mittellandkanal.

Der Minister für öffentliche Arbeiten in Preußen hat dem Landes-Wasserstraßenrat eine umfangreiche Denkchrift über den Mittellandkanal und die durch ihn bedingten Organisationsbauten an vorhandenen Wasserstraßen zwecks nutzbarer Neuerung augeben lassen. Als besonders erwünscht wird eine Stellungnahme über die zweckmäßige Einleitungsführung des Weser-Ebbe-Kanals bezeichnet. Am allgemeinen Interesse natürlich, denn eine Verstärkung preußischer Spezialinteressen kann hier nicht von ausschlaggebender Bedeutung werden. Während in den einleitenden Bemerkungen an dieser Denkchrift unter Hinweis auf die Schwierigkeiten der Geldmittelbeschaffung nicht verbreitet wird, daß auch nur die wichtigeren der erörterten Entwicklungen nicht leicht würden ausführen lassen, hat man die Unausführbarkeit der Herstellung einer durchgehenden leistungsfähigen Wasserstraße zur Verbindung der bisher getrennten Wasserstraßenysteme des Ostens und des Westens durch Wollenden des Mittellandkanals — Rhein-Weser-Ebbe — hervorgehoben und eine entsprechende vornehmliche Ausdehnung zu unterbreitende Vorlage angekündigt. Es ist also wohl anzunehmen, daß die wichtige verkehrs- und wirtschaftspolitische Frage noch vor den allgemeinen Neuwahlen in Preußen erledigt findet. Und ebenso darf wohl schon jetzt gesagt werden, daß sie nicht wieder, wie die Kanalvorlagen von 1899 und 1901, von parteipolitischen Gesichtspunkten aus bearbeitet und entschieden werden wird. Denn die herausragende Bedeutung beiderseitigen Ausbaus des deutschen Wasserstraßennetzes für die Wiederaufrichtung des niedergebrochenen Wirtschaftslebens leuchtet heute jedem ein. Das „Gefallstor“ für billige fremdländische Waren“ braucht heute niemand mehr Verleumdungen zu verursachen. Die Denkchrift nun erörtert eingehend die in Rückicht zu liegenden drei Linien für die Führung des Weser-Ebbe-Kanals: Die Nordlinie, die Südlinie und die Mittellinie. Wogegen die Nordlinie und die Südlinie die technischen und wirtschaftlichen Besonderheiten wie die erforderlichen Geldauswendungen sorgen, so und kommt zu dem einstweiligen Schluß, daß jetzt nur noch die Süd- und die Mittellinie zur engeren Wahl stehen und für weitere Erörterung in Betracht kommen, während deren Vorlagen von 1899 und 1901 die Nordlinie zugrunde gelegen hatte. Der Landes-Wasserstraßenrat und die Öffentlichkeit können nun in eine fruchtbare Diskussion des Kritik des Problems eintreten, von dem die Denkchrift zu dem Ergebnis kommt, daß die Südlinie mit dem Anschlußkanal nach Stettin und die Mittellinie ohne diesen Anschlußkanal die meisten verkehrs- und geldwirtschaftlichen Vorteile in sich vereinigen.

Deutsch-Slawischer Zusammenschluß.

Die Anhänger der Einheitspolitik in der tschechischen Republik, vertraten durch Dr. Kramář, den bisherigen Führer der Deutschsiedler und Slawenfreunde, haben durch den tschechischen Minister des Auswärtigen, Dr. Beneš, eine soziale Riedelrede erläutert, daß Dr. Kramář sich gezeigt hat, den Rückzug anzutreten und zu erklären, gegen die besten Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland sei nichts einzutragen. Dr. Kramář, der bisher als Vertreter des tschechischen Nationalismus galt und Führer der Nationaldemokratie ist, war erster Ministerpräsident der tschechoslowakischen Republik. Ein Gesellschafter, nicht Realpolitiker wie Dr. Beneš, der aus der Schule des Präfektur- und heraufragenden Geschichtsschreibers Majaryk stammt. Der politische Romantiker Kramář hat die verhängnisvollen Fehler gemacht, die Tschechen in Rußland zur Intervention gegen die Bolschewiken auszutäuschen. Die Riedelrede der antibolschewistischen Front und die Verwandlung des tschechoslowakischen Regimes zu einem nationalsozialistischen, aber mit großrussischen Zielen immer mehr vorbringen Nationalismus war die Riedelrede Kramářs. Er versuchte auf eigene Faust zu reiten, was zu retten war. Er verlor die Tschechen in Rußland zu verwirren und verhandelte mit Denitsch. Aber die tschechoslowakischen Legionäre in Rußland haben gemeinsame Front mit den Bolschewiken gewählt. Kramář hätte nicht. Er verführte weiter sein romantisches Ideal und schwärzte davon, ein antibolschewistisches Rußland mit der Entente und den Tschechen zu einem Bunde gegen Mitteleuropa zu machen, ohne die wirtschaftlichen Vorstellungen und die geographische Lage des Tschechischen Staates in Betracht zu ziehen, der auf Mitteleuropa angewiesen ist. Dr. Beneš hat dagegen hervor, die Tschechen seien gezwungen, nicht eine vonstoische, sondern eine zentraleuroasiatische Politik zu treiben, da ihr Schicksal von der geographischen Lage nun einmal trennbar ist. Die deutsche und österreichische Republik sind Nachbarn der Tschechen, und das diktiert auch eine verständige, fiktive Politik gegen die Deutschen in den Sudetenländern. Dr. Beneš hält Kramář vor, daß seine Neuherzung, Kramář würde, wenn er an Stelle des Deutschen wäre, die tschechoslowakische Polizei nicht anerkennen, geradezu sozialistisch sei. Sein Appell an den Freiheit und an die Vernunft für Zentral- und östlichen Völkern ist, der darin liegt, daß die aufeinander angewiesenen zentral-europäischen und östlichen Völker sich nicht weiter feinden und damit Selbstmord drogen.